

kommunalpolitisches
forum



Land Brandenburg e.V.

Ein Beitrag zur Landesentwicklungsplanung (LEP) – Zentrale Orte System (ZOS)

**kommunal – aktuell
04-05**

Mai 2005

Impressum

Herausgeber:

kommunalpolitisches forum Land Brandenburg e.V.

Kontakt: Geschäftsstelle, Heinersdorfer Str. 8, 16321 Bernau;

Tel./Fax.: 03338/459293-94; 459295

e-mail: kf-land-brandenburg-ev@gmx.de

www.kf-land-brandenburg.de

V.i.S.d.P.: Steffen Friedrich

Redaktionsschluss

Mai 2005

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Vorschlag der Landesregierung zur Überarbeitung des Zentrale- Orte-Systems (ZOS) in Brandenburg – Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung	4 - 16
Antwort der Landesregierung zum LEP ZOS (DS 4/809)	17 - 19
Position der PDS Brandenburg: Dialog für ein Brandenburg der Regionen	20 – 36
Brandenburg 2020 – Vorarbeit zu einem Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kom- mission	37 - 47
Regionale Reaktionen (BAR)	48 - 51

Vorwort

Mit seinem Diskussionsbeitrag zur Überarbeitung der Landesentwicklungsplanung hat Ministerpräsident Platzeck eine Welle der Empörung insbesondere in den Kommunen des äußeren Entwicklungsraumes ausgelöst, die eine Situation zur Folge hat, dass weder die einzelnen Fachministerien, noch die kommunalen Spitzenverbände und schon gar nicht die Kommunen erkennen können, welches Entwicklungsziel für das Land Brandenburg sich hinter diesen Überlegungen versteckt.

So wird eine Konkurrenzsituation zwischen Kommunen und Regionen provoziert, die ein gedeihliches Miteinander in Brandenburg behindert.

Eine wesentliche Ursache für die entstandene Situation ist, dass ohne darüber nachzudenken welche Funktionen Gemeinden, Städte und Landkreise und Regionen künftig wahrnehmen sollen, über die Neuordnung der finanziellen Ausstattung der Kommunen und die Neuordnung der Fördermittel zur Wirtschaftsentwicklung (Branchenförderung) entschieden werden soll.

Dabei zeigt sich, dass die immer wieder angemahnte Fortführung der Funktionalreform – die Anpassung der Aufgaben- und Verantwortungsstruktur zwischen Land- Landkreisen und Gemeinden – eine wichtige Voraussetzung dafür wäre, dauerhafte Entwicklungslinien für die einzelnen Kommunen und Regionen festschreiben zu können.

Die Ankündigung von Infrastrukturminister Frank Szymanski, dass der LEP ZOS grundlegend überarbeitet werden muss und möglicherweise erst im Januar 2008 in Kraft treten kann, ist das vorerst letzte Eingeständnis für das Scheitern dieser Debatte. Schon der abgeschwächte Leitantrag der SPD zu dem Thema zeigte das. Auch die Wirtschaftsrichtlinien von Minister Ulrich Junghanns mussten bereits vollständig überarbeitet werden.

Gleichzeitig scheint der Ministerpräsident vergessen zu haben, dass die Regionalpläne als Teil der Landesplanung die Grundsätze und Ziele der räumlichen Entwicklung in den Regionen darstellen. Sie sind bei allen Planungen von Ansiedlung sowie bei Verlagerungen und räumlichen Erweiterungen zu berücksichtigen.

Im Land Brandenburg ist die Regionalplanung an fünf regionale Planungsgemeinschaften übertragen wurden. In diesen Planungsgemeinschaften sind Landkreise und kreisfreie Städte vertreten. Dabei hatte man seinerzeit darauf geachtet, dass jede Planungsgemeinschaft Metropolenraum und in die äußere Entwicklungsgebiete miteinander verbindet um Synergien für die Entwicklung der einzelnen Teilräume zu nutzen.

Warum sich die Landesregierung von diesem Leitbild verabschieden will ist bisher nicht erkennbar.

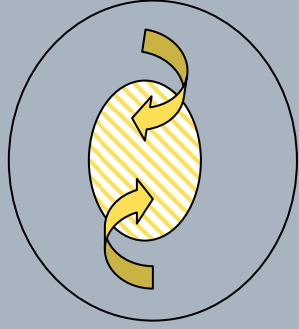
Margitta Mächtig

Überarbeitung des Zentrale-Orte-Systems

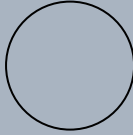
Was ist Daseinsvorsorge in Zentralen Orten?

- Räumliche Konzentration von Infrastruktur- und Dienstleistungsangeboten in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Soziales, Einzelhandel und Mobilität z.B. durch
 - das Land: Krankenhäuser, Hochschulen, SPNV, Landesstraßen, ...
 - die Kreise: Schulen, öffentlicher Personennahverkehr, Musikschulen, VHS, ...
 - Die Kommunen: Kita, Jugendeinrichtungen, Senioren-einrichtungen, Kommunalverwaltungen, ...
- aber auch Orientierung privater Träger, z.B. Einzelhandel, ärztliche Versorgung (Kassenärztliche Vereinigung), Kultur- und Freizeiteinrichtungen, ...

Was ist das Zentrale Orte System?



Zentraler Ort



Versorgungsbereich



Nachfrageverhalten
der Bevölkerung

- Definition:

Flächendeckendes,
hierarchisches System von Orten,
die Funktionen der
Daseinsvorsorge für ihr Umland
erfüllen

Warum Überarbeitung?

- Bevölkerungsverluste im äE gefährden Tragfähigkeiten von Infrastruktureinrichtungen
- Im berlinnahen Raum hat die positive Bevölkerungsentwicklung das zentralörtliche System überholt
- Mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln lässt sich der gewohnte Standard im Raum nicht aufrecht erhalten
- Nach der Gemeindegebietsreform ist die Flächenabdeckung durch Zentrale Orte von 24% auf 60% gestiegen

Was ist das Ziel?

- Absicherung der Versorgung der Bevölkerung
im Raum mit Perspektive 2020

Eckpunkte der Planung

- Vereinfachung des Stufensystems
nur noch 3 Stufen
 - im eV:
 - „Metropole“
 - „Oberzentrum“
 - „Zentrum im eV“
 - im äE:
 - „Oberzentrum“
 - „Mittelzentrum“
 - „Nahbereichszentrum“ *(Festlegung ebenfalls im LEP)*

Eckpunkte der Planung

- Reduzierung der Zahl der Zentralen Orte
 - unter Berücksichtigung der langfristig gegebenen Tragfähigkeit
 - Mittelbereiche mit i.d.R. mindestens 50 Tsd. Einwohner
 - Nahbereiche mit i.d.R. mindestens 10 Tsd. Einwohner
 - bei Sicherstellung einer zumutbaren Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen
 - im Mittelbereich 60 Minuten
 - im Nahbereich 30 Minuten

Eckpunkte der Planung

- **Auswahl** der leistungsfähigsten Gemeinde des jeweiligen Versorgungsbereiches als **Zentraler Ort** anhand der Kriterien:
 - Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung
 - Lagegunst
 - Funktionsausstattung
 - Bevölkerungsentwicklung

Umsetzung der Planung

- Erfolgt durch
 - die Fachplanungen/Vorgaben von Landesressorts und Kreisen
 - Orientierung der Versorgungsbereiche an Kommunal- und Kreisgrenzen
 - Abgleich des ZO-Systems mit fachlichen Förderschwerpunkten
(z.B. medizinische Versorgung, SPNV, Straßenbau, großflächiger Einzelhandel, Städte- und Wohnungsbau, Arbeitsmarkt, Leitstellen, Entscheidungen über Behördenstandorte)
 - Bestimmung und Gestaltung der Schnittstellen mit Wirtschaftsförderung und integrierter ländlicher Entwicklung

Kleinzentrum

1

Engerer Verflechtungsraum



	OZ	MZ	GZ ⁺ _{KLZ}
eV	1	8	21
äE	3	25	94
Gesamt	4	33	115

Vergleich Status quo mit aktuellen Überlegungen

	Oberzentrale Ebene		Mittelzentrale Ebene		Nahbereichsebene	
	<i>LEP I</i>	<i>LEP ZOS</i>	<i>LEP I</i>	<i>LEP ZOS</i>	<i>Reg.-Plg.</i>	<i>LEP ZOS</i>
eV	1	1	8	15*	21	-
äE	3	3	25	16	94	28
eV+ äE zus.	4	4	33	31	115	28

* Zentren im engeren Verflechtungsraum

Zusammenfassung: Status quo: 152 Zentrale Orte
aktuelle Überlegung: 63 Zentrale Orte

Weiteres Vorgehen

- Breite öffentliche Diskussion (kommunale Spitzenverbände, Kammern und Verbände, RPG, Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister)
- Die Fachressorts müssen klar bestimmen, welche staatlichen Leistungen der Daseinsvorsorge sie künftig auf welcher Stufe noch absichern können
- Die Fachplanungsträger sollen ihre künftigen Entscheidungen an diesem Konzept ausrichten (z.B. Krankenhaus-, Hochschulplanung, SPNV, Landesstraßenplanung, Schulplanung, öffentliche Personennahverkehrsplanung, Musikschul- und Volkshochschulplanung, Planung der Kita-, Jugend- und Senioreneinrichtungen, Kommunalverwaltungen Straßenverkehrswegeplan, ...)

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 302 der Abgeordneten

Margitta Mächtig und Ralf Christoffers

Fraktion der

PDS Drs. 4/659

Wortlaut der Kleinen Anfrage **Landesentwicklungsplan**

Zentrale Orte System (LEP ZOS)

In der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU wurde unter Punkt 5.1.1 u.a. eine Anpassung der landes- und regionalplanerischen Grundlagen an die demografischen Entwicklungen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen sowie an die wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen vereinbart.

Ziel ist die Überarbeitung des LEP I unter der Prämisse, die Zentralitätsstufen auf Ober-, Mittel- und Nahbereichszentren zu reduzieren. Dabei sollen Nahbereichszentren die bisherigen Klein- und Grundzentren vereinigen. Das macht eine Neudefinition der abzusichernden Definitionen für die kommunale Daseinsvorsorge erforderlich

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Funktionen sollen künftig Mittel- und Nahbereichszentren erfüllen?
2. Von welchen Abstandskilometern geht man zwischen Nahbereichszentren' und Mittel- und Oberzentren bei der Grundversorgung aus?
3. Welche Aufgaben sollen künftig durch die sogenannten „Zentralen Orte" für ihren jeweiligen Versorgungsbereich vorgehalten werden?
4. Wie und in welchem Zeitrahmen ist die Einbeziehung (Beteiligungsverfahren) der Gemeinden vorgesehen?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Raumordnung die Kleine Anfrage wie folgt:

Der Koalitionsvertrag sieht in der Raumordnungsplanung ein wichtiges Instrument zur Entwicklung des Landes, zum effektiven Einsatz öffentlicher Mittel für die Bereitstellung von Dienstleistungen und für die Sicherung der Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand. Die Raumordnungsplanung soll mit ihren Instrumenteneinen realistischen und auch längerfristig tragfähigen Rahmen schaffen, der der veränderten demografischen Situation, den erforderlichen wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen und den finanzpolitischen Rahmenbedingungen Rechnung trägt.

Der Koalitionsvertrag sieht in diesem Zusammenhang bei der Überarbeitung des Landesentwicklungsplanes I vor "die Hierarchie der Zentralitätsstufen auf drei zu reduzieren". Bei der Überarbeitung des Zentrale Orte Systems werden alle Gemeinden hinsichtlich ihrer Einordnung bzw. Nichteinordnung in das zentralörtliche Gefüge neu bewertet.

zu Frage 1:

Die Landesregierung befindet sich momentan im Untersuchungs- und Abstimmungsprozess zur Funktionsbestimmung Zentraler Orte der verschiedenen Hierarchiestufen. Hierzu werden u.a. Daten zur sozioökonomischen und demografischen Entwicklung ausgewertet. Auch die Empfehlungen der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) und der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) werden in den Prozess der funktionalen Neubestimmung einbezogen.

Die Landesregierung beabsichtigt, in den nächsten Wochen auch in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Regionalen Planungsgemeinschaften das Funktionsprofil der zentralen Orte weiter zu präzisieren.

zu Frage 2:

Aufgrund der differenzierten sozialen, wirtschaftlichen und naturräumlichen Ausprägungen in den Teilräumen des Landes Brandenburg (wie z.B. der unterschiedlichen Siedlungsdichte, unterschiedlicher morphologischer Strukturen und/oder unterschiedlich ausgeprägter Verkehrsnetze) hat es in der Raumordnungsplanung weder bei den bestehenden Zentralen Orten noch bei den Überlegungen zur Fortschreibung des Zentrale Orte Systems ein Kriterium „Abstandskilometer“ zwischen Zentralen Orten gegeben. Die Landesregierung beabsichtigt nicht, dieses Kriterium neu zu etablieren.

Die Landesregierung prüft momentan die Aufrechterhaltung der Erreichbarkeit der Mittelzentren innerhalb des Mittelbereiches binnen 60 Minuten, die Erreichbarkeit der Nahbereichszentren innerhalb der Nahbereiche binnen 30 Minuten. Ein Mittelzentrum wird momentan als wirtschaftlich tragfähig bewertet, wenn es mindestens 50.000 Einwohner versorgt, ein Nahbereichszentrum, wenn es mindestens 10.000 Einwohner versorgt.

zu Frage 3:

siehe Antwort zu Frage 1.

zu Frage 4:

Die Landesregierung beabsichtigt, im Sommer des Jahres 2005 die Voruntersuchungen abzuschließen und den Vorentwurf zur Überarbeitung des Zentralörtlichen Systems dem Kabinett vorzustellen. Nach der Beratung der Gemeinsamen Planungskonferenz (PLAKO) erfolgt der Beschluss der Landesregierung zum Entwurf des Planes. Die Gemeinden erhalten im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahrens die Gelegenheit, Anregungen und Bedenken zu dem von der Landesregierung bestätigten Entwurf des Landesentwicklungsplanes in den Planungsprozess im Gegenstromverfahren einzubringen.

Bis zum Beginn des Beteiligungsverfahrens wird die Landesregierung einen breit angelegten Diskussionsprozess organisieren, innerhalb dessen mit Vertretern von kommunalen Spitzenverbänden, Regionalen Planungsgemeinschaften und Kreisen die Überlegungen zur Fortentwicklung des Planungssystems erörtert werden. Die neuen raumordnerischen Festlegungen sollen zu Beginn des Jahres 2007 in Kraft treten.

Dialog für ein Brandenburg der Regionen

Beitrag des Landesvorsitzenden der PDS Brandenburg, Thomas Nord, zur Klausurberatung des Landesvorstandes der PDS Brandenburg am 16.04.2005 zur Diskussion über ein neues Leitbild für das Land

Der Ministerpräsident des Landes, die SPD Brandenburg und die Landesregierung sind nach der Wahl im September 2004 endlich bereit, eine Diskussion um die Zukunft des Landes zu führen. Matthias Platzeck fordert eine kontroverse Debatte. Diese ist von der PDS seit Langem gewünscht. Sie hat schon im Jahr 2000 eine Enquete-Kommission des Landtages zu diesem Zweck gefordert.

Die PDS geht davon aus, dass diese Debatte trotz des großen Zeitdrucks, welcher aus dem langen Leugnen der Probleme durch die Regierungsparteien resultiert, gründlich geführt werden muss. Es geht um die Zukunftsfähigkeit des Landes, um das Nutzen der wenigen Chancen, die Brandenburg nach fünfzehn Jahren Regierungstätigkeit von SPD und fünf Jahren großer Koalition noch verbleiben, um in einer überschaubaren Zeit zu einer selbst- tragenden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu kommen.

Zum bisherigen Verlauf der Debatte ist festzustellen:

- Die Lösung der entstandenen Probleme macht eine breite Beteiligung der Brandenburgerinnen und Brandenburger und ihrer gewählten Vertretungen auf allen Ebenen an dieser Diskussion notwendig, will man sie für die Bewältigung der zweifellos vorhandenen Schwierigkeiten gewinnen. Die dargestellten umfangreichen Probleme des Landes und die zu erarbeitenden Lösungsstrategien werfen Fragen auf, die mit keinem Alleinvertretungsanspruch auf Wahrheit und Erkenntnis durch eine Partei zu beantworten sind. Im Gegenteil: Die solide Analyse der Situation und die Erarbeitung von Antworten erfordern das Hinzuziehen externen Sachverständes aus allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere auch der Wissenschaft.
- Das gegenwärtige Vorgehen des Ministerpräsidenten, der Landesregierung und der Regierungsparteien ist gekennzeichnet durch die Verweigerung einer Regierungserklärung sowie die alternativlose Ablehnung der Vorschläge der PDS- Fraktion zur seriösen Behandlung des Themas im Parlament und durch die Denunziation der PDS als völkische oder auch nationale Sozialisten. Dieses Verhalten stellt eine tiefgehende Beschädigung der demokratischen und parlamentarischen Kultur dar, fördert antidemokratische Stimmungen im Lande und ist ungeeignet, eine angemessene Beteiligung des Parlamentes und weiterer Gremien und Organisationen an dieser Debatte zu ermöglichen.
- Die Diskussion muss vor allem im Landtag und durch die demokratisch legitimierten Abgeordneten geführt werden. Eine Enquetekommission des Brandenburger Landtages wäre dafür die u. E. adäquate parlamentarische Lösung. Die PDS war und ist bereit, auch über jede andere Form der parlamentarischen Arbeit zu reden, die von den Regierungsparteien vorgeschlagen wird, sofern sie eine angemessene Beteiligung der verfassungsgebenden Parteien des Landes Brandenburg und externen Sachverständes ermöglicht.

Zur Kritik der Grundlagen der Diskussion

Die bisher vom Ministerpräsidenten, von der Landesregierung und den Regierungsparteien vorgelegten Grundlagen für eine Leitbilddiskussion sind nicht ausreichend, um zu einer qualifizierten Debatte und zukunftsfähigen Antworten für Brandenburg zu kommen.

Der Beginn dieser Diskussion ist gekennzeichnet von unzureichender Analyse der realen Situation und von fehlender konzeptioneller Sicherheit und Klarheit bei der Bestimmung der Ziele von Regierungshandeln. Zu den in diesem Zusammenhang der Öffentlichkeit vorgestellten Grundlagen gehören vor allem das Referat des Landesvorsitzenden der SPD „Das zupackende Land“, der Vorentwurf des Landesentwicklungsplanes „Zentrale Orte“ und die „Leitlinien der neuen Wirtschaftsförderpolitik“.

Das Referat des Landesvorsitzenden der SPD orientiert darauf, dass aufgrund der demographischen Entwicklung die Zukunft Brandenburgs vor allem in der Metropolenregion um Berlin zu sehen sei. Ein unmittelbarer inhaltlicher Zusammenhang mit den beiden anderen Dokumenten aus den Ministerien lässt sich nicht herstellen. Diese sind erstens bestenfalls Skizzen einer zukünftigen Politik und zweitens ganz offensichtlich vor allem fiskalische Reaktionen auf die zu erwartende finanzpolitische Entwicklung, die u. E. jedoch nur zu einem Teil aus demographischen Prozessen herrührt. Im Kern folgen sie lediglich der Logik leerer Kassen und stellen einen ideenlosen, quantitativen Nachvollzug realer finanzpolitischer Rahmenbedingungen dar. Wichtige Themen wie Arbeitsmarktpolitik oder eine Funktionalreform fehlen gänzlich. Regionalpolitisch sind sie weder für die ländlichen Räume, noch für den engeren Verflechtungsraum qualitativ neue Antworten auf die zukünftigen Herausforderungen. Bereits die Ansätze dieser Angebote lassen erkennen, dass sie auf Grund der zu erwartenden demographischen und finanziellen Entwicklung schon in relativ kurzer Zeit wieder von der Wirklichkeit eingeholt werden dürften. Hier ordnet sich auch die ausschließlich an fiskalischem Druck orientierte Aussage des Ministers für ländliche Entwicklung, Umwelt- und Verbraucherschutz ein, den Förderungsschwerpunkt der integrierten ländlichen Entwicklungskonzepte zukünftig an die gewerbliche Wirtschaft zu binden. Vor allem wenn man bedenkt, dass in den peripheren ländlichen Räumen oft nur noch land- und forstwirtschaftliche Strukturen vorhanden sind. Hier muss Förderpolitik ansetzen – an vorhandenen Strukturen – um Einkommensalternativen zu entwickeln.

Das ***Referat des Landesvorsitzenden der SPD Brandenburg „Das zupackende Land“*** reduziert die Herausforderungen, vor denen Brandenburg steht, vor allem und zu erst auf demographische Probleme. Diese sind zweifellos vorhanden und gehören zu den zu behandelnden Fragen. Ihre Dämonisierung ist aber genauso wenig hilfreich wie der Versuch, sie zu ignorieren. Die brandenburgische Sozialdemokratie nutzt dieses Thema lediglich dazu, um vom Versagen der bisherigen Regierungspolitik abzulenken. So wird ausgeblendet, dass die finanzielle Notsituation des Landes nicht zuletzt auch durch die Verschwendung von Fördermitteln über viele Jahre verursacht wurde.

Dieses Vorgehen von Matthias Platzeck führt dazu, dass die wahren Ursachen für die komplizierte Situation in Brandenburg verborgen bleiben und so auch in Zukunft schwerlich beseitigt werden können. In der Folge wird auch die Sicht auf das, was an Positivem im Land entstanden ist, versperrt.

Nur die kritische Analyse bisherigen Regierungshandelns, die nüchterne Bilanzierung von bisher Erreichtem und Gescheitertem, die illusionslose Bestandsaufnahme des Möglichen und Gestaltbaren macht realistische Handlungsmöglichkeiten deutlich.

Die bisherige Methode, sich einer ernsthaften Diskussion über die reale Situation im Lande und den Ursachen für sie zu entziehen, erzeugt die Gefahr, dass die jetzige Debatte wiederholt zu falschen Schlussfolgerungen führt und auf diese Weise erneut Schaden für das Land entsteht.

Wer Politik so eindimensional herleitet kommt auch auf zu schlichte Antworten. Die Zukunft Brandenburgs liegt nicht nur in der Metropolenregion. Das Leben in den ländlichen Landesteilen muss und kann anders organisiert sein als das im engeren Verflechtungsraum, aber deswegen muss es nicht schlechter sein und schon gar nicht ohne positive Perspektive.

Die europapolitischen Aspekte der Zukunft Brandenburgs, darunter die möglichen Wirkungen der europäischen Förderpolitik 2007 - 2013 und die Beziehungen zu den westlichen Woiwodschaften der Republik Polen, kommen erst gar nicht vor. Fehlten entsprechende Aussagen schon in der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung, gibt es sie nun auch nicht im Zusammenhang mit der Bestimmung der Grundzüge der neuen Förderpolitik in Brandenburg. Im Unterschied zu Berlin, wo unter Rot-Rot eine neue Richtung eingeschlagen wurde, marschiert Brandenburg wieder rückwärts, was an Kürzungen gerade im Bereich der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen, dem Ausstieg aus der Deutsch-polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft und dem World Trade Center Frankfurt (Oder), der Reduzierung der Mittel für deutsch-polnische Schulprojekte bis 2006 auf Null und Kürzungen bei der internationalen Zusammenarbeit in den Ressorts deutlich wird.

Die Thesen des Ministerpräsidenten verunsichern und entmutigen viele Bürgerinnen und Bürger. Vor allem aber demotivieren sie die ohnehin begrenzte Anzahl der in den ländlichen Regionen engagierten Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Akteurinnen und Akteure in der Politik und Kultur. Nötig wäre jedoch, sie zu ermutigen, zu motivieren und ihnen zu signalisieren, dass sie in den schwieriger werdenden Zeiten mit einer solidarischen Politik des Landes rechnen können und gebraucht werden.

Der „**Vorentwurf des Landesentwicklungsplan Zentrale Orte System**“ (LEP ZOS) ist die Fortsetzung der bisherigen (gescheiterten) Politik der Landesregierung, allerdings mit weniger (vor allem finanziellen) Mitteln. Die vorliegenden Planungen schaffen die Gefahr, dass das Verfassungsgebot, in allen Teilen des Landes gleichwertigen Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, unterlaufen wird.

Seine bisherige Botschaft ist: Es sollen zukünftig knapp 90 Kommunen nicht mehr herausgehoben gefördert werden. Damit wird die öffentliche Daseinsvorsorge vor allem in der Fläche, aber nicht nur dort, ausgedünnt. Die angestrebte „Bündelung öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen“ läuft vor allem auf eine lineare Reduktion derselben

hinaus und verstärkt die Gefahr, dass durch Rückbau von Infrastruktur investierte Fördermittel ungenutzt bleiben und im ungünstigsten Fall vernichtet werden.

Die bisher vorliegenden Kriterien für die Überarbeitung des geltenden hierarchischen Systems sind so zweifelhaft, wie die Festsetzung bzw. Neuordnung einer Hierarchie von solchen Städten in den ländlichen Regionen durch die Landesregierung an sich, wie der jetzige Versuch einer Reduzierung von 152 auf nur noch 63 zentrale Orte nachdrücklich beweist.

Eine solide Analyse der in verschiedenen Orten existierenden Voraussetzungen für eine weitere Wahrnehmung von Funktionen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Komplex mit Überlegungen zur Sicherung vollzogener Investitionen in neu zu bestimmenden Regionen liegt der Öffentlichkeit nicht vor.

Auch die „**Leitlinien der neuen Wirtschaftsförderpolitik**“ geben keine Antwort auf die wirklich drängenden Fragen in der Wirtschaftspolitik des Landes. Es gibt keine Aussagen zu der Frage, wie das Land darauf reagieren will, dass fehlendes Eigenkapital viele Mittelstandsbetriebe existentiell bedroht. Es gibt nur geringe Vorstellungen darüber, wie man darauf reagieren will, dass die Grenzen zwischen Regional- und Wirtschaftspolitik immer fließender werden und in einigen Politikbereichen, wie zum Beispiel dem Tourismus, seit längerer Zeit nicht mehr bestehen. Deutlich wird jedoch, dass die Landesregierung bislang drei Branchen noch nicht so recht in ihr Leitbild einzuordnen weis: Ernährungswirtschaft, Tourismus und Umweltwirtschaft. Diese flächenorientierten Zweige lassen sich schlecht in vorgegebene Förderzentren einpassen und erfordern ein Konzept für den ländlichen Raum. Das hat die Landesregierung nicht und deshalb fehlt auch jegliche Aussage zum „Markt Berlin“. Besonders kritikwürdig daran ist, dass diese drei Branchen in ihrem Zusammenwirken eigentlich gerade ein ökonomisches und naturräumliches „Alleinstellungsmerkmal“ Brandenburgs ausmachen. Der Entwurf macht erneut deutlich, dass die Entscheidungsstrukturen von Landesgremien dieser Entwicklung nicht mehr entsprechen.

Einer der größten Schwachpunkte der neuen SPD-Förderpolitik scheint das völlige Außerachtlassen regionaler Entwicklungen zu sein, insbesondere im europäischen Sinne. Es fehlt jede Aussage zu den Vorstellungen der Landespolitik bei der Neuordnung der EU Strukturfondsmittel, z.B. für aktive Ansätze zur Vernetzung der brandenburgischen und der polnischen Wirtschaft.

Das neue Förderkonzept soll als Konsequenz der Demografie erscheinen, ist aber tatsächlich nur eine Reaktion auf das Scheitern des bisherigen Aufbau-Ost-Konzeptes, dem auch die Politik Brandenburger Landesregierung folgte und folgt.

Die jetzigen Antworten der SPD und der Landesregierung sind ein Schrumpfungsprogramm. Eine unzureichende Reaktion auf das bisherige Versagen der Landesregierung bei der Bewältigung der vielen objektiven Herausforderungen, aber auch auf die hausgemachten Krisen im Land Brandenburg.

Grundsätze und Werte für eine Leitbilddebatte

Die Debatte um ein Leitbild für Brandenburg ist nicht nur eine Debatte um die Bewertung ablaufender Prozesse oder die Beurteilung der Landespolitik der

letzten 15 Jahre und die administrativen Schlussfolgerungen, die daraus zu ziehen sind. Sie ist, wie das vorliegende Referat von Matthias Platzeck und aktuelle Auseinandersetzungen zeigen, auch eine Debatte um die Grundsätze und Werte, an denen sich ein künftiges Bild für Brandenburg orientiert.

Die PDS lässt sich in dieser Diskussion vor allem von ihrem Einsatz für mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit leiten. Sie will diese Debatte wahrhaftig, nüchtern und ehrlich führen. Sie denkt ihr Leitbild regional und interregional, pro europäisch und weltoffen. Sie setzt sich für partizipative Demokratie, Akzeptanz und Lebendigkeit bei der Realisierung und Durchsetzung von Bürger- und Menschenrechten, für eine friedliche, kooperative, sparsame und nachhaltige Regional- und Landespolitik ein.

Die politische Strategie des Referates des Landesvorsitzenden der Brandenburger SPD und der Dokumente der Landesregierung setzt darauf, die gescheiterte Politik der vergangenen 15 Jahre nicht zu thematisieren. Das faktische „Ausblenden“ der vergangenen 15 Jahre durch das Platzeck-Papier bietet für die PDS aber auch einen interessanten politischen Ansatzpunkt:

Wer eine wirklich ehrliche, wahrhafte Politik betreiben will, muss öffentlich zur Kenntnis nehmen und geben, welche der eigenen Ansätze in den letzten anderthalb Jahrzehnten gescheitert sind. Nur wer das tut, kann auch, ohne unglaublich zu sein, feststellen, was in den vergangenen 15 Jahren im Lande entstanden ist – mit und ohne Fördermittel, geplant und ungeplant. Nur der kann sagen: Manches ist in Brandenburg inzwischen moderner als in den alten Bundesländern. Es gibt eine gute Infrastruktur, die über das ganze Land verteilt entstanden ist. Es gibt modernste Kulturhäuser, Spaßbäder und hunderte komplett sanierter Schulen. Neue Verwaltungszentren in den Kreisstädten. Neue Krankenhäuser und Gesundheitszentren. Nur leider oft in sich entvölkernden Räumen, an zentralen und weniger zentralen Orten.

Es gibt in allen Regionen Brandenburgs kleine und größere leistungsfähige Betriebe, die sich mit und ohne Wirtschaftsförderung, mit und ohne Zugehörigkeit zu Clustern bzw. Branchen in 15 Jahren etabliert und am Markt behauptet haben. Gerade von ihrer Perspektive und ihrer Entwicklung hängt in hohem Maße ab, ob ganze Gebiete noch eine positive Lebensperspektive für die dort Lebenden haben.

Wie Geschaffenes stabilisiert und eine positive Entwicklung verstetigt werden kann, darauf muss man Antworten geben!

Es geht hier auch darum, Aufbauleistungen der Brandenburger anzuerkennen und ihr Engagement unter bekanntlich schwierigsten Bedingungen. Es geht nicht um ein schönes, neues, funkelndes Konzept von Zentralen Orten, Clustern, Netzwerken etc., um ein Trennen „guter“ und „schlechter“ Standorte oder auch Firmen, sondern vor allem darum, Erreichtes (egal, an welchem Standort und egal welcher Branche) zunächst möglichst zu erhalten (wenn es nicht gerade Geld vernichtende Projekte sind) und womöglich im Sinne der Schaffung neuer Arbeitsplätze aus- oder umzubauen. Es geht um eine grundsätzliche Analyse, in der Bereich für Bereich durchgearbeitet wird. Zunächst ist zu katalogisieren, wo sich welche Standorte befinden, um dann Regionen zu identifizieren und zu fragen, wie man diese in sich dezentralen, funktionsfähigen Struktur erhalten und nutzen kann. Hier gibt es viele Keimzellen für Neues, die lokalisiert

und genutzt werden müssen, z.B. in der Landespolitik die vielen sanierten und modernisierten Bildungsstandorte nicht als Last, sondern als Chance und Ressource verstehen. Sie sind da - richten sich aber oft nicht nach dem neuen LEP ZOS! Die von oben herab vorgenommene Bewertung der Regionen durch die Landesregierung führt jetzt schon zu Gegenreaktionen der Wirtschaft. Sie gefährdet damit Arbeitsplätze. Brandenburg kann es sich aber nicht leisten, noch einen einzigen Arbeitsplatz aus diesem Grunde zu verlieren.

Wir sagen daher: Es geht vor allem um den Vorrang der Standort- und Investitionssicherung, die Weiterentwicklung von Leistungsfähigem, Neuinvestitionen ins Vorhandene oder dessen Erweiterung und Ergänzung - als Priorität vor Neu- oder Rückbau.

Das gilt in der Industrie oder bei kleinen und mittelständischen Unternehmen genauso wie bei Bildung, Gesundheit, Kultur und sozialen Einrichtungen, egal wo in Brandenburg sie sich befinden, d.h. weitgehend unabhängig vom Standort.

Für die PDS Brandenburgs sind stabile öffentliche Haushalte seit Langem wichtige politische Zielgröße. Wir wissen: in Brandenburg wird in den kommenden Jahren weniger Geld zur Verfügung stehen. Dies zu ignorieren wäre verantwortungslos und populistisch; es würde den Abwärtstrend des Landes beschleunigen statt nicht aufzuhalten oder gar zu wenden. Richtig ist aber auch: Eine solche Entwicklung zwingt die politisch Verantwortlichen, dem Rückgang der Ressourcen nicht nur mit dem Rotstift hinterher zu eilen, sondern alles zu unternehmen, um aus dem Vorhandenen mehr zu machen und so die Ressourcen perspektivisch zu erhalten oder, wo möglich und sinnvoll, zu mehren.

Die Situation verlangt neue Antworten auch in der Bundes- wie in der Landespolitik. Sinkende Finanzmittel erfordern - ***selbst unter der Voraussetzung von wenig wahrscheinlichen Veränderungen der bundespolitischen Rahmenbedingungen*** - nach dem Jahrzehnt der Verschwendungen und der u. a. daraus resultierenden finanziellen Notsituation des Landes eine neue Prioritätensetzung in der Landespolitik.

Es macht Sinn zu fragen, ob die wirtschaftliche Lage der neuen Länder es nicht angeraten erscheinen lässt, den Solidarpakt über 2019 hinaus fortzusetzen. Denkbar sind auch Lösungen unterhalb eines neuen Solidarpakts: Der Bevölkerungsrückgang wirkt sich mehrfach bestrafend auf Brandenburg aus. Es wäre sinnvoll, in den Länderfinanzausgleich einen „demografischen Nachteilsausgleich“ einzubeziehen, der nicht nur den strukturschwachen Gebieten Ostdeutschlands, sondern auch denen des Westens zu Gute kommen würde. Auch unsere Forderungen bezüglich der EU-Fördergelder sind weitgehend bekannt:

Beibehalten des Ziel-1-Gebiets für ganz Brandenburg für eine längere Übergangsfrist; Einstellen nicht abgerufener EU-Fördermittel in Regionalfonds; Aufhebung des strikten Ko-Finanzierungsgebots insbesondere für Kommunen; stärkere Orientierung auf Beschäftigungswirksamkeit; keine sinkenden Zahlungen seitens der Bundesrepublik nach Brüssel.

Nur macht es in der Diskussion eines neuen Leitbildes keinen Sinn darauf zu warten, dass sich die herrschende Bundes- und Landespolitik diesen Forderungen stellt. Angesichts dieser Umstände ist es eine realistische Annahme, dass das Land das Null-Ziel der Haushaltskonsolidierung bis 2010 verfehlen wird. Deshalb gilt es eigene politische Antworten nüchtern auf diesem Wissen aufzubauen.

Gerade wegen der sinkenden Mittel müssen wir uns verstärkt dafür einsetzen, dass das mit viel Geld positiv Geschaffene in den Regionen für die Menschen nutzbar bleibt und als Chance verstanden wird. Getätigte Investitionen dürfen nicht durch neue administrative Fehlentscheidungen vernichtet werden.

Brandenburg braucht Dialog, partizipative Demokratie, Mitbestimmung, Interessenabwägung und -Ausgleich statt Zentralismus, Belehrungen und „Regieanweisungen an alle“.

Der kalte Krieg ist zu Ende. Der Kampf um die Mehrheitsfähigkeit von Demokratie, die Allgemeingültigkeit von Bürger- und Menschenrechten sowie um den Erhalt und die Neugestaltung sozialer Gerechtigkeit - auch und gerade unter den Bedingungen sinkender finanzieller Ressourcen und Massenarbeitslosigkeit - hat erst begonnen. Von diesen Auseinandersetzungen werden die kommenden Jahre politisch geprägt sein. In der Debatte zu diesen Werten können und wollen wir auf Niemanden verzichten. Daher werden wir unsere Beziehungen und Kooperationen mit anderen Parteien und Personen nicht an ihren Biographien fest machen, sondern an ihren heutigen politischen Positionen, Werten und Standpunkten – ihrem gesellschaftlichen Handeln. In vielen Regionen, Organisationen, Bürgerinitiativen, Gemeindeparlamenten und Kreistagen ist das schon heute die überwiegende politische Praxis. Es wäre gut, wenn dieser demokratische, sachpolitische Umgang miteinander auch endlich zur Normalität im Potsdamer Landtag werden würde.

Brandenburg hat nur eine Chance, wenn die Landespolitik den heute aktiven Akteurinnen und Akteure mit privatem und bürgerschaftlichem Engagement, Denjenigen, die das größte eigene Interesse haben, ihre Region lebenswert zu halten und kooperative Prioritäten setzen, größtmögliche Mitbestimmungs- und Gestaltungsräume einräumt und diese Menschen ermutigt, die sicher eher kleiner werdenden Spielräume maximal zu nutzen. Demokratie lebt von Einmischung, Partizipation und der Möglichkeit, mitzugestalten.

Gerade weil die Probleme kompliziert und komplex sind, ist eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltspolitik des Landes wie der Kommunen und an Entscheidungen über die künftige Erbringung grundlegender Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge (ÖPNV, Wasser, Abwasser u.a.m.) geboten. Wir werden entsprechende Vorhaben politisch unterstützen.

Landespolitische Alternativen greifen in Gänze nur, wenn es auch ein bundespolitisches Umsteuern gibt.

Reformen sind notwendig - aber andere, als die, die gegenwärtig stattfinden. Landespolitische Konsolidierungsanstrengungen sind bei der Steuer-, Sozial- und

Arbeitsmarktpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung von vornherein zum Scheitern verurteilt und verschärfen die negativen Wirkungen der Bundespolitik.

Umso wichtiger ist die bundespolitische Positionierung der Landespolitik. Die Alternativen lauten: Bedingungslose Gefolgschaft im Parteiinteresse oder Interessenwahrnehmung für Brandenburg. Die Einflussmöglichkeiten der Landespolitik auf die Bundes- und die EU-Politik sind nicht groß, aber sie sind vorhanden und sollten stärker genutzt werden.

Die PDS Brandenburg hat – anknüpfend an ihr Landtagswahlprogramm und den Entwurf des Perspektivprogramms – Brandenburg stets eingebunden in eine große europäische Region an Oder und Neiße verstanden. ***In diesem Sinne sind wir für eine EU-Osterweiterung eingetreten und ist unsere Politik pro europäisch. Daran werden wir nicht nur festhalten, sondern müssen unsere entsprechenden Forderungen im Rahmen der Diskussion um ein künftiges Leitbild für***

Brandenburg noch klarer und deutlicher artikulieren. Brandenburg muss seine inhaltlichen Ziele für die künftige Strukturförderung offensiv vertreten und muss sich tatkräftig für die Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einsetzen.

Die europäische Dimension muss in der Landespolitik und insbesondere in der Arbeit des Landtages einen höheren Stellenwert erhalten als das gegenwärtig der Fall ist. Brandenburg muss seine inhaltlichen Ziele für die künftige Strukturförderung offensiv vertreten und muss sich konsequent für die Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einsetzen. Dazu gehört u. a. die Schaffung einer institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften in der deutsch-polnischen Grenzregion.

Zur Situation Brandenburgs

Die gegenwärtige landespolitische Entwicklung, die aktuelle Haushaltsdebatte und der bisherige Verlauf der Leitbilddiskussion bestätigen die Einschätzung des Landesparteitages vom Februar 2005:

„Im Land Brandenburg ist der dringend notwendige Politikwechsel, der mit dem Wahlergebnis vom September 2004 möglich geworden war, durch die Wiederauflage der SPD/CDU-Koalition blockiert. Diese kleine Koalition der Verlierer ist ein machtpolitisch begründetes Bündnis gegen die Abwendung der Brandenburgerinnen und Brandenburger von dieser Art Politik und gegen demokratische und soziale Alternativen, die bei den Landtagswahlen auf die Tagesordnung gesetzt worden waren. Klare, überzeugende Konzepte für Schuldenabbau, für eine wirkliche Bildungsreform, für eine an Nachhaltigkeit orientierte Wirtschaftspolitik, für eine Wende in der Beschäftigungspolitik, für starke und lebenswerte Kommunen liegen nicht vor.“

1991 gab es in Brandenburg noch das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Ostdeutschland – heute den geringsten Anstieg der ostdeutschen Flächenländer. Mehr als zwei Drittel aller Brandenburgerinnen und Brandenburger haben keinen regulären Job - in keinem anderen ostdeutschen Land fällt diese Quote höher aus. Brandenburg ist das Land mit den niedrigsten Bildungsausgaben pro Schüler bei immer weniger Schulen.

Noch nie hat die öffentliche Hand in Brandenburg einen geringeren Anteil des Landeshaushaltes in Investitionen gesteckt – gerade mal ein Fünftel ist es noch. Noch nie waren die Kommunen finanziell so schlecht ausgestattet wie jetzt. Gigantische Summen von Steuergeldern wurden in den märkischen Sand gesetzt - es zu einer regionalen Belebung des Arbeitsmarktes gekommen wäre. Der ländliche Raum verödet – der Trend zu Verarmung, Überalterung und Entvölkerung ist nicht gestoppt. Die Landesregierung hat ihn zum Naturgesetz erhoben. Hier und da gibt es Leistungszentren im Land Brandenburg, doch ihre Kraft bleibt auf die unmittelbare Umgebung beschränkt. Mit dem „Speckgürtel“ ist Berlin nach Brandenburg hinein gewachsen – eine neue, eine brandenburgische Perspektive hat unser Land den Menschen dort noch nicht gegeben. Das Land, die Region verliert an innerem Zusammenhalt.

Es wäre für das Land verheerend, wenn man sich einem bestimmten Teil der Wirklichkeit verschließen würde: Arbeitslosigkeit, Verschuldung der öffentlichen Haushalte, 15 Jahre sozialdemokratischer Förderpolitik, Abwanderung, Perspektivlosigkeit für breite Bevölkerungsschichten. Nicht die dezentrale Konzentration ist gescheitert, sondern die Landespolitik der SPD und der seit 1999 regierenden Koalition aus märkischen Sozial- und Christdemokraten.

Wenn man sich die die nächsten 15 Jahre bis 2020, in Gänze betrachtet, sind das „Abschmelzen“ des Solidarpakts sowie die demografische Entwicklung nur zwei Prozesse von mehreren, die für sich genommen, aber auch in ihrer Wechselwirkung, die Entwicklung des Landes bestimmen. Wer den Zeitraum bis 2020 überblicken will, muss noch mehr überblicken als Geld und Demografie. In einer Zeit, in der sich das, was gestern noch neu und innovativ war, morgen schon überlebt hat, ist der Blickwinkel „15 Jahre später“ auf den jetzigen Zustand Brandenburgs besonders wichtig. Dabei geht es um Entwicklungen, die mehr oder weniger unabhängig von dem Ablaufen werden, was die Landespolitik will oder nicht will, die dennoch erhebliche Rückwirkungen auf die Situation des Landes haben. Mit Ausnahme der demographischen Entwicklung werden diese Prozesse in den bisher vorgelegten Papieren der Landesregierung weitgehend konsequent ausgeblendet.

Welches sind diese Prozesse?

Allen anderen Behauptungen zum Trotz ist die seit Ende der 90er Jahren anhaltende ***Stagnation des wirtschaftlichen Aufholprozesses der neuen Länder*** insgesamt wie auch Brandenburgs die Hauptursache für die hektische Konzeptsuche der Landesregierung. Zudem werden sich die Stagnationsprozesse in den nächsten Jahren zumindest fortsetzen, selbst wenn die Bundesregierung derzeit ein leichtes Umsteuern in Richtung aktiver Konjunkturpolitik zu erkennen gibt.

Vor allem aus dem Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019 ergibt sich ein ***Rückgang der Transferleistungen aus Solidarpakt und anderen Quellen***. Nach diesem Zeitpunkt müsste Brandenburg, so die Lesart der Landesregierung, finanziell auf „eigenen Beinen stehen“. Die jährlich verfügbaren Einnahmen des Landes sollen dann –

setzen sich die heute absehbaren Trends insbesondere in der Bundespolitik fort - bei etwa 7-7,5 Milliarden Euro liegen – verglichen mit 9,5 bis 10 Milliarden derzeit.

Angesichts der absehbaren ökonomischen Stagnation und der steuerpolitischen Schieflage im Bund schlagen die sinkenden Einnahmen aus:

- dem Solidarpakt II ab 2009;
- den EU-Fördergelder ab 2007;
- sowie aus der Rückführung der Nettokreditaufnahme (Ziel der Landesregierung: Null im Jahre 2010)

besonders schwer zu Buche. Die genauen Einbußen lassen sich insbesondere wegen der unklaren Lage bei den EU-Mitteln noch nicht beziffern. Klar scheint nur, dass bis 2019 die bisherige überdurchschnittliche Finanzausstattung des Landes auf das bekannte Durchschnittsniveau westdeutscher Flächenländer zurückgeht.

Zu beachten sind, wie bereits festgestellt, auch die **demografischen Entwicklungen**.

Ein prognostizierter Bevölkerungsverlust von insgesamt 7 Prozent bis 2020 bedeutet pro Jahr einen Rückgang von etwas weniger als einem halben Prozent (im Schnitt etwa 11 000 Menschen). Schwerwiegender als dieser Gesamtrückgang erscheinen die regionalen und alterstrukturellen Ungleichheiten, also der viel stärkere Rückgang in den peripheren Räumen sowie die steigende Anteile Älterer an der Bevölkerung.

Abgesehen davon, dass Angaben zur Bevölkerungsentwicklung eine wissenschaftliche Langfrist-Prognose mit einer bestimmten Unsicherheit darstellen, ist zu fragen, ob das „halbe“ Prozent einer politischen Gegensteuerung wirklich völlig unzugänglich ist, wie behauptet wird.

Unter günstigen Entwicklungsbedingungen kamen Gornig/Schulz 1997 zu dem Schluss („Brandenburg 2025“, Band 1, 2002), dass die Einwohnerzahl in der Region Berlin-Brandenburg bis 2015 durchaus auf 6,4 Millionen steigen könnte (Berlin 3,6 Millionen, Brandenburg: 2,8 Millionen). Dass sich diese Prognose nicht bewahrheitete, zeigt die Unsicherheit derartiger Aussagen. Das Problem ist aber nicht die bekannte Unsicherheit der Prognose, sondern dass die Politik des Landes auf die sich abzeichnenden Veränderungen nicht reagiert hat. Selbst als erkennbar war, dass die Prognosen nicht eintreten werden, als die Berliner Bankgesellschaft u.a. deswegen die Hauptstadt in ein finanzielles Desaster getrieben hat, wurde in Brandenburg an den alten Wachstumsszenarien festgehalten. Wichtig wäre Vorsorge dafür zu treffen, dass die Landespolitik zukünftig schneller in der Lage ist, auf sich verändernde demographische Prozesse zu reagieren.

Berücksichtigt werden muss der **fortgesetzte wirtschaftlich-soziale Strukturwandel**.

Dabei stehen u.a. Fragen wie:

- Welche Energiebasis soll das künftige Brandenburg haben? Die derzeitige Energiestrategie reicht nur bis 2010 – hier klafft mindestens eine Lücke von einem Jahrzehnt bis zum Jahr 2020.
- Wie entwickelt sich die Brandenburger Agrarwirtschaft bis 2020? Möglich ist - um die Extreme zu benennen - ein nahezu flächendeckender gentechfreier Ökoanbau oder ein flächendeckender Anbau von Gentech.
- Setzt sich der Lebensweise-Trend fort, dass die Zahl von Single-Haushalten zunimmt, die Familien kleiner werden, dass alternative und Patchwork-

Lebensformen sich ausweiten? Wie wirkt sich die EU Osterweiterung auf die demographische Entwicklung im Land aus?

- Welche Chancen bietet das sich abzeichnende Zusammenwachsen von Mobilfunk, Internet und Multimedia-Angeboten. E-Teaching, EGovernment und E-Business für ein Flächenland? Werden sie zum effizienten, kostensparenden Organisieren des Lebens in den ländlichen Regionen nutzbar und genutzt?
- Wie entwickelt sich die Mobilität?
- Wie entwickelt sich die integrierte ländliche Entwicklung?
-

Brandenburg hat mit seiner 250 km langen Grenze zu Polen eine Chance, von der **EU Osterweiterung** zu profitieren: **Doch dafür muss Politik die europäischen bzw. europapolitischen Rahmenbedingungen definieren und finanzpolitisch untersetzen.** Auch hier kann es kein „Weiter so!“ geben – auch hier gilt eben gerade nicht, sich ausschließlich „aus eigener Kraft“ zu erneuern – genauer gesagt im eigenen Saft zu schmoren. Statt märkischem Provinzialismus braucht die Landespolitik endlich einen auf die Entwicklung der gesamten europäischen Region gerichteten Ansatz.

Diese Diskussion um Brandenburgs Zukunft findet in einem Zeitraum statt, in dem wichtige Entscheidungen für die weitere Entwicklung der Region fallen.

Zwei davon fallen vor den obersten Gerichten Deutschlands:

Zum Ersten handelt es sich dabei um die **Klage des Landes Berlin vor dem Bundesverfassungsgericht** mit dem Ziel, die Übernahme eines Teils der Schulden des Landes durch den Bund zu erzwingen. Sollte dieses Urteil zu Ungunsten Berlins ausgehen, ist wohl für absehbare Zeit keine Neuauflage einer Fusionsdebatte von Berlin und Brandenburg denkbar. Die negativen psychologischen und finanzpolitischen Folgen wären in dieser Frage ausschlaggebend.

Zum Zweiten handelt es sich um die **juristische Auseinandersetzung um den Ausbau des Flughafens Schönefeld**. Auch hier dürften die Folgen des Urteils gravierend für die Stimmung in der Region sein.

Ein für die Landesregierung negatives Urteil würde die Ära der gescheiterten Großprojekte von einer Ära Stolpe zu einer Ära Stolpe-Platzeck werden lassen. Eine solche Entwicklung wäre für lange Zeit das definitive Scheitern des mit der Wende entstandenen selbst erklärten Führungs- und Regierungsanspruches der märkischen SPD.

Von besonderer Bedeutung für die Landespolitik ist die gegenwärtig diskutierte Neuordnung der europäischen Förderpolitik, bei der letztendlich Brüssel über die finanzielle Vorausschau 2007 – 2013 und nachfolgend über die 5 Strukturfonds-Verordnungen entscheidet. Gegenwärtig läuft ein harter Kampf um die Festlegung des Umfangs der Regionalförderung, deren konkrete Ausrichtung und die Verteilung der beschränkten Mittel in der größer gewordenen Europäischen Union. Brandenburgs Stimme ist dabei öffentlich nicht wahrnehmbar. Nach den eigenen Fehlentscheidungen im Jahr 2002 überlässt man das Feld den reichen Bundesländern und hofft auf das Agieren der Bundesregierung – das allerdings mit den Interessen Brandenburgs bisher

nicht kompatibel war (Forderung der Bundesrepublik und von 5 reichen „Alten“ zur Begrenzung des EU-Haushalts bei 1 Prozent Bruttoinlandsprodukt).

Eine weitere Entscheidung des Jahres 2006 mit landespolitischen Auswirkungen ist die im September stattfindende Bundestagswahl. Bei dieser Wahl entscheidet sich nicht nur die weitere Entwicklung der das Land maßgeblich beeinflussenden Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, sondern auch für die SPD, ob ihr seit Jahren fortschreitender Niedergang im Osten Deutschlands, also auch in Brandenburg, weitergeht. Für die PDS entscheidet sich, ob sie erneut bundespolitische Bedeutung erhält oder eben nicht.

Für ein Brandenburg der Regionen - Berlin als Metropole in einem aufstrebenden Land – nicht als Oase im austrocknenden märkischen Sand Berlin und Brandenburg bilden im nationalen und europäischen Maßstab eine gemeinsame Region.

Brandenburg selbst besteht aus sehr unterschiedlichen Teilregionen – den überwiegend ländlichen und Berlinfernen Räumen, inklusive der wenigen städtischen Oberzentren einerseits und den zentraleren Regionen im engeren Verflechtungsraum zwischen Brandenburg und Berlin. Diese haben oft eine eigene Identität, Geschichte, Kultur und eigenständige interregionale Beziehungen auch über die Landesgrenzen hinaus.

Unser Ziel muss es sein, Brandenburg als ein Land mit unterschiedlichen Regionen, die lebenswert sind und über gleichwertige Lebensbedingungen verfügen, zu entwickeln. Gerade deshalb muss ein neues Leitbild differenzierte Aussagen für den äußeren Entwicklungsraum und den engeren Verflechtungsraum treffen.

Gleichwertig heißt dabei nicht gleichartig. Gleichwertigkeit heißt Berücksichtigung der unterschiedlichen Potenziale der einzelnen Regionen für eine eigenständige Entwicklung. Das erfordert im Gegensatz zu den Aussagen des Ministerpräsidenten, dass nur noch Bildung garantiert werden kann, die Berücksichtigung von gewachsenen, funktionstüchtigen Verkehrs-, Infra- und Verwaltungsstrukturen, von weichen Standortfaktoren Gesundheit, Bildung, Betreuung sowie von sozialen und demographischen Strukturen. Die regionalen Erfordernisse der öffentlichen Daseinsvorsorge und wirtschaftlicher Entwicklung müssen und können differenziert definiert werden.

Es ist klar, dass eine solche Definition einer Region einiges voraussetzt: Zu klären wäre beispielsweise, was unter einer ausreichenden sozialen Grundversorgung in einem bestimmten Gebiet zu verstehen ist, also mit welchem Aufwand Ämter, Schulen, Bildungseinrichtungen etc. zu erreichen sein sollen, welche Einrichtungs“dichte“ z.B. von Kindertagesstätten, Gesundheitseinrichtungen, Einrichtungen für Kinder, Jugend, Kultur vorhanden sein muss, damit von gleichwertigen Lebensverhältnissen im Lande gesprochen werden kann.

Es versteht sich, dass eine so verstandene Region natürlich nicht von oben oktroyiert werden kann. Sie kann nur entstehen, wenn die realen wirtschaftlichen, sozialen, verkehrlichen und kulturellen Verflechtungsbeziehungen im Lande analysiert werden,

einschließlich kultureller Identitäten und bestehenden Beziehungen zu anderen Bundesländern. Nur davon ausgehend lassen sich letztlich die „wirklichen“ Regionen des Landes ermitteln. ***In der Regel sind dann die Regionen sehr wohl in der Lage, ihre Prioritäten und Wachstumskerne selbst zu benennen.***

Die Entwicklung im Land Brandenburg muss an den Profilen der gegenwärtigen Landkreise und Planungsgemeinschaften anknüpfen und die Realitäten der Gemeindegebietsreform zur Kenntnis nehmen. Die „wirklichen“ Regionen des Landes können, müssen aber nicht mit den derzeit bestehenden fünf Regionalen Planungsgemeinschaften übereinstimmen. Diese zu stärken, wie dies die PDS-Fraktion jetzt gefordert hat, könnte ein erster Schritt zur nötigen Regionalisierung der Politik sein.

Grundsätzlich gilt für uns: Es wird eine Landespolitik benötigt, die gerade wegen der sinkenden finanziellen Ressourcen einen fairen Interessenausgleich zwischen allen Teilräumen Brandenburgs sichert und eine Zusammenarbeit mit Regionen auch außerhalb der Landesgrenze fördert. Die Förderung so verstandener Regionen kann sich dabei nicht allein an der Bevölkerungszahl orientieren. Sinnvoll wäre es, Daseinsvorsorge und Wirtschaftsförderung bis zu einer zu bestimmenden Größe regional zu denken und die Förderung nicht mehr nur pro Kopf zu strukturieren, sondern einen zu bestimmenden Flächenfaktor einzubeziehen. Der von der PDS vorgeschlagene Regionalfonds zielt in diese Richtung.

Das Leben in den ***ländlichen Regionen*** kann und muss ***anders*** organisiert sein als das im engeren Verflechtungsraum, ***aber*** deswegen muss es ***nicht schlechter*** sein. Auch im Jahr 2020 werden in den ländlichen Regionen noch 52% der Bevölkerung des Landes leben.

Die ländlichen Regionen verfügen über eigene Wachstumspotenziale, aber auch über interregionale mit Gebieten und Städten in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Westpolen. Mit dem Lausitz- oder dem Oderlandprogramm hat die PDS Wege aufgezeigt, wie solche regionalen Wachstumspotentiale entwickelt und nutzbar gemacht werden können. Andere Projekte wurden im Innerregio-Wettbewerb erarbeitet. Es wird Zeit, dass die Landespolitik solche Initiativen und Chancen endlich unterstützt und nutzt.

Einer der größten Schwachpunkte der neuen Förderpolitik scheint das völlige Außerachtlassen solcher regionaler Entwicklungen zu sein, insbesondere im europäischen Sinne. Mit der EU-Ost-Erweiterung hat sich die Lage Brandenburgs grundlegend geändert. Sie kann eine Chance sein.

Die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg kann nur funktionieren, wenn sich Metropole und ein selbstbewusstes Bundesland zur Seite stehen.

Eine einseitige Orientierung der Landespolitik auf den ***engeren Verflechtungsraum*** als einer wichtigen Region im Land, aber nicht als einzige mit Wachstumspotentialen, schadet letztlich auch dieser selbst, da sie nur in einer positiven Wechselwirkung mit den ländlichen Regionen ihre eigenen Vorteile entfalten kann.

Die Metropolregion ist ein Wachstumsfaktor, sowohl was die Region selbst betrifft als auch auf die Durchschnittswerte auf das Land Brandenburg bezogen. In ihr wird es im

Gegensatz zu anderen Teilräumen zu einer Verdichtung von so genannten weichen Standortfaktoren wie Schulen, Kultur, bevölkerungsbezogene Dienstleistungen u.a. aber auch von harten Standortfaktoren wie Straße oder Ansiedlung kommen. Dieser Unterschied zu anderen Teilräumen besteht objektiv. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird sich daher hier quantitativ und qualitativ anders darstellen müssen. Allerdings muss der Blick auch auf diese Region realistisch bleiben, denn auch die Metropolenregion ist gegenwärtig nicht zu einer sich selbst tragenden Entwicklung fähig.

Nötig ist eine klare Definition des engeren Entwicklungsraumes als Entwicklungsgebiet mit eigenständigen Entwicklungsbedingungen, Interessen, eigenen Teilregionen und Dienstleistungsfunktionen, sowohl in Richtung Metropole als auch in Richtung ländliche Regionen. Nicht jedes Gebiet um Berlin hat mehr Einfamilienhäuser und Gewerbegebiete als Seen und Kiefern.

Es ist sinnvoll, in den Regionen des engeren Verflechtungsraumes über eigenständige Möglichkeiten politischer Interessenwahrnehmung nachzudenken. Dazu gehören auch die Möglichkeiten von weiteren Verwaltungszusammenschlüssen und Kooperationen, sowie die besondere Entwicklung einer engen Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Land Berlin.

Zum System der Zentralen Orte

Angesichts der demografischen Entwicklung ist es eine Illusion, ganze Regionen von einem oder wenigen zentralen Orten aus in Gänze „versorgen“ zu wollen. Die Willkürlichkeit des von der Regierung vorgelegten Systems der Zentralen Orte verschärft den regionalen Wettbewerb, statt die vorhandenen Potentiale zu vernetzen.

Die Entwicklung hat in Teilräumen zu unterschiedlichen Zentrumsentwicklungen geführt. ***Verwaltungs-, Kultur-, Bildungs- und Wirtschaftszentren einer Region sind nicht in jedem Fall identisch.*** Die Diskussion über die Zentrumsförderung muss an dieser unterschiedlichen Wichtung und realen Entwicklungen anknüpfen.

Notwendig ist weniger eine neue Diskussion über eine reduzierte zentralörtliche Gliederung (also eine reine Standortdiskussion), sondern eher eine Debatte über die Sicherung der notwendigen öffentlichen Daseinsvorsorge innerhalb einer Region – und zwar unabhängig von zentralen Orten (mit Ausnahme von Oberzentren) und der Benennung von dezentralen Standorten (Funktionszentren – mit funktionsbedingter Förderung) für Bildung, Verwaltung, Kultur, Gesundheit usw.. Über diesen Weg können bisherige Investitionen weiter genutzt und Potenziale erschlossen werden. Das heißt z.B., dass Kreisstädte im Rahmen des ***Finanzausgleichsgesetz*** (FAG) einen Ausgleich für ihre tatsächliche Funktion erhalten müssen. Gemeinden, die darüber hinausgehende oder andere Funktionen wahrnehmen, müssen entsprechend der tatsächlichen Situation in einem Kreisgebiet Unterstützung unterstützt werden.

Bei der Neudefinition regionaler Räume ist es erforderlich, Differenzierungen zwischen Kommunen und Regionen vorzunehmen. Dabei kommt dem fairen, solidarischen Wettbewerb zwischen den Kommunen eine neue Bedeutung zu. So ist darauf zu achten, dass ein kooperativer Regionalansatz befördert wird. Eher muss prinzipiell gelten, die Stärken von Regionen regional, interregional, national

und europäisch besser darzustellen und interkommunale Zusammenarbeit zu fördern.

Die Ausprägung regionaler Identitäten, die Formulierung und positive Bewertung moderner, eigenständiger, ländlicher Lebensweisen, eigener Entwicklungsinteressen- und -chancen, die Anerkennung ländlicher Teilregionen als gleichberechtigte und relativ selbstständiger Gliederungen Brandenburgs mit einem hohen Maß an politischer Selbstbestimmung würde dem Engagement politischer, sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Akteure, den an der Entwicklung dieser Gebiete interessierten Kräften neue Spielräume eröffnen, sie in ihrem Tun bestärken und motivieren. Ein solches neues Leitbild des Landes würde auch den in den peripheren Räumen des Landes beheimateten Menschen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern realistische Perspektiven bieten können.

Ein solches Leitbild, inklusive einer neuen Bewertung der Interessen und Lebensweisen im engeren Verflechtungsraum sowie ihrer Administration, würde nach einer Teilentschuldung Berlins wieder Chancen für einen sinnvollen Neuanlauf zur Fusion von Berlin und Brandenburg eröffnen. Die Zustimmung für eine Fusion mit dem Land Berlin rückt ohne eine solche Zukunftsvorstellung in weite Ferne.

Unter all diesen Aspekten wollen wir die vorhandenen Potenziale entfalten – gemeinsam mit Berlin und den anderen benachbarten Bundesländern, gemeinsam mit unseren polnischen Nachbarn, an der Seite der Menschen und die Unternehmen vor Ort – jenen, die den Problemen am nächsten sind und am besten darüber bescheid wissen. Sie sollen größere Spielräume – einschließlich eigener Budgets – erhalten und auf dieser Basis mehr Verantwortung übernehmen können.

Deswegen wollen wir eine breite Diskussion einer umfassenden Funktionalreform beginnen, über die Neuverteilung der Aufgaben zwischen dem Land, den Kreisen und den Gemeinden. Mit regionaler Kompetenz statt Zentralismus und Blick von Oben. Diese Debatte kann im Ergebnis auch zu einer Gebietsreform führen. Sie muss die Neuverteilung der finanziellen Ressourcen zwingend einschließen. Mit einer solchen Reform verbinden wir das Ziel, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Infrastruktur in allen Teilen des Landes zu sichern – im gebotenen Maß, arbeitsteilig und solidarisch, eingebunden in die noch näher zu bestimmende Perspektive der Gesamt- und aller Teilregionen. Demokratische Teilhabe muss gesichert, die Möglichkeiten dafür müssen verbessert werden. Dies würde in jedem Fall zu veränderten Stadt-Umland-Beziehungen führen und das FAG zu einem zentralen Punkt der politischen Auseinandersetzungen machen.

Wirtschaftsförderung: regional und europäisch

Das reale Ziel, an dem die PDS festhält, ist, eine selbst tragende, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Brandenburg anzustreben, deren Wertschöpfung, eingebunden in eine europäische Arbeitsteilung, auf qualifizierten Arbeitskräften

und modernen, zukunftsfähigen Wirtschaftszweigen beruht. Ohne eine entsprechende Wertschöpfung in Brandenburg selbst bleiben gleichwertige Lebensverhältnisse im Lande, selbst wenn sie verfassungsrechtlich vorgeschrieben sind, auf lange Sicht hin nicht durchsetzbar.

Der Weg besteht auch hier nicht allein in Branchen- und territorialer Schwerpunktsetzung, sondern vorrangig in der Förderung erfolgreicher Unternehmen, die sich in den vergangenen fünfzehn Jahren erfolgreich etablieren und am Markt behaupten konnten - und zwar branchen- und standortunabhängig.

Auch hier gilt es vor allem, in das Bestehende, Bewährte neu zu investieren und es weiterzuentwickeln. ***Zentrales Problem ist dabei die Überwindung der Eigenkapitalschwäche des Brandenburger Mittelstandes.*** Mit den Regionalfonds, den Vorschlägen zur Erweiterung des politischen Bürgschaftssystems für Mittelständler und Freischaffende, zur Anpassung von Hermes Bürgschaften an die Bedingungen ostdeutscher Unternehmen, zum Umbau der Investitionsbank des Landes Brandenburg von einer reinen Förderbank zu einer Struktur- und Mittelstandsbank und der Forderung nach einer Fusion der Wirtschaftsfördergesellschaften von Berlin und Brandenburg, hat die PDS Brandenburg hier zahlreiche und realisierbare Vorschläge auf den Tisch gelegt. Viele dieser Ideen und Konzepte könnten zur Vermeidung von Rückbau und zum Erhalt getätigter Investitionen beitragen.

Die Fördermittel des Landes müssen so flexibel gestaltet werden, dass es auch weiterhin möglich ist, mittelständische Unternehmen in Bereichen zu fördern, die nicht in ein definiertes Cluster des Landes passen.

Für die Landespolitik ist es wichtig, sich auf den ***Erhalt der bestehenden größeren Standorte*** (EKO, Hennigsdorf, Schwarzheide, Schwedt usw.) ***und deren Ausbau*** zu konzentrieren. Immer wieder wird deutlich, dass nicht wenige dieser, für Brandenburger Verhältnisse, großen Industriestandorte in ihrer Existenz nicht wirklich sicher sind.

Bis 2007 ist die Förderkulisse der Wirtschaftsförderung festgelegt. Sie beträgt im Sektor KMU bis zu 50% unabhängig vom Standort, ansonsten ist sie abgestuft nach dem Zustand der Ar15 beitzmarktregionen. Die gegenwärtige Debatte dreht sich vor allem um die perspektivische Verteilung der Kommunalfinanzen und damit auch um die Organisation der Daseinsvorsorge sowie die Investitionskraft der Kommunen. Das unterliegt der Entscheidungskompetenz von Bund und Land. Damit wird, wie bereits festgestellt, das FAG zu einem Kern der politischen Auseinandersetzung.

Ob und in wieweit die KMU-Förderung verändert wird, hängt vom Ausgang der Strukturdebatte der EU ab. Hier ist die Landesregierung gefordert, eigene Vorstellungen zu entwickeln und zur Diskussion zu stellen. Das bisher vorliegende Konzept ist dafür keine ausreichende Grundlage. Als mittelfristigen Kern könnte folgendes thematisiert werden:

- ☐ gemeinsame Wirtschaftsobjekte zwischen Polen und Brandenburg,
- ☐ Ausweitung der vorgesehenen Risikokapitalinstitutionen auf Jointventure,

- □ Grenzüberschreitende Vereins- und Kompetenzgremien in den Euro-Regionen im Zusammenhang mit der Weiterführung von Interreg III.
- □ Zusammenarbeit und Ansiedlungen von wissenschaftlichen Institutionen Polen-Bundesrepublik im Osten Brandenburgs, insbesondere zur Stärkung der Achse Berlin- Prenzlau-Stettin

•

Unabhängig davon sollte sichergestellt werden:

- □ Die Grundförderung in den Kommunen sowie eine Basisförderung der Wirtschaftspolitik,

unabhängig vom gewählten Standort des Unternehmens (Regionalfonds, EKUnterstützung,

Substanzpflege Bürgerschaftssystem, Flexibilisierungshaushaltsgesetz, EFRE-Risikokapitalfonds usw.)

- □ Die Unterstützung herausgehobener Branchen einschließlich des Abschlusses von Staatsverträgen mit Berlin, M/V, Sachsen, Sachsen-Anhalt zur gemeinsamen Entwicklung von Branchen und Territorien (Logistik gemeinsam mit Berlin, Mikroelektronik gemeinsam mit Sachsen, Reisezielgebiete usw.). Darüber hinaus ist die branchebezogene Unterstützung wie z.B. Biotop weiter zu konzentrieren.
- □ Die Metropolenregion ist vor allem in den weichen Standortfaktoren landespolitisch stärker zu unterstützen. Das schließt, auch im Interesse Berlinferner Regionen, unter anderem den Übergang von kommunalen zu regionalen Investitionsförderung ein.
- □ Die Berücksichtigung eines Flächenfaktors beim zukünftigen FAG, da die Kosten für die Daseinsvorsorge auch in dünn besiedelten Räumen nicht proportional mit der Bevölkerung absinken.

Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Zentrumsfunktionen von Gemeinden ist ein zweiter Schwerpunkt des weiterzuentwickelnden FAG als zentrales ordnungs- und strukturpolitisches Instrument.

Den Dialog organisieren

Wir kämpfen darum, dass diese Debatte im Landtag geführt wird. Dorthin, in die demokratisch gewählte Legislative Brandenburgs, gehört sie in allererster Linie. Unabhängig davon, ob die Regierungsparteien sich dieser demokratischen Selbstverständlichkeit verweigern oder ob sie doch dazu bereit sind, werden wir diese Diskussion auch in den Regionen führen, in den Kreise, in den Ämtern und Gemeinden, mit Interessenvertretungen und gesellschaftlichen Organisationen, mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Auf diese inhaltlichen Schwerpunkte und eine ergebnisreiche, offene gesellschaftlichen Debatte wollen wir die Kraft des Landesverbandes ausrichten - die ganze Partei darum organisieren, dafür öffnen. Das ist die dringend notwendige demokratische Alternative zu einer Landesregierung, die im eigenen Saft schmort, der es an Innovations- und Durchsetzungskraft fehlt und die sich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend verschließt.

Brandenburg 2020

Die folgenden Überlegungen entstanden in Auseinandersetzung mit dem jüngsten Leitbild der Landesregierung und als Vorarbeit zu einem Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission „Brandenburg 2020“ des Landtages

Was für ein Land wird Brandenburg im Jahr 2020 sein? Plötzlich kommt eine Jahreszahl ins Spiel, für die sich sonst nur Prognostiker interessieren. Die einstige Zukunftskommission des Landes nahm sich die Zielmarke 2025 vor. Das war Ende der 1990er Jahre und ein ganzes Vierteljahrhundert, in dem man hätte noch etwas bewegen können, lag vor Brandenburg. Nun haben Entwicklungen, die sich in der Jahreszahl 2020 kulminieren, auf einmal direkte politische Auswirkungen in die Gegenwart. Ist das der Beginn eines neuen, vorausschauenden Politikstils, der „neuen Ehrlichkeit“, oder nur eine erneute Überzeichnung kurzlebiger Trends wie einst der versprochenen „blühenden Landschaften“?

Die ganze Debatte ist zweifellos auch eine Reaktion auf die aktuelle Lage der Koalition. Nachdem die Landesregierung nach unserer Einschätzung eines Fehlstart hingelegt hat, es an Konzepten und Tatkraft mangeln ließ und noch ein paar Skandale obendrauf setzte (Genozid, Trennungsgeld), gelang es Platzeck jetzt mit der Förderpolitik-Demographie-Debatte sowohl die Kritik am Fehlstart als auch am Doppelhaushalt aus der Öffentlichkeit zu nehmen, und dafür ein zwar pseudodemokratisches, aber insofern auch den Eindruck einer handelnden Landesregierung vermittelndes Bild zu setzen.

Nüchtern betrachtet, resultiert die Jahreszahl 2020 vor allem aus dem Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019. Danach müsste Brandenburg, so die Lesart der Landesregierung, finanziell auf „eigenen Beinen stehen“. Die jährlich verfügbaren Einnahmen des Landes sollen dann – setzen sich die heute absehbaren Trends insbesondere in der Bundespolitik fort - bei etwa 7-7,5 Milliarden Euro liegen – verglichen mit 9,5 bis 10 Milliarden derzeit. Ansonsten aber wird weiter keine Begründung geliefert, warum man gerade diesem Jahr verfallen ist.

Dieser Ansatz impliziert von vornherein eine recht enge fiskalische Betrachtung des ganzen Komplexes. Ergänzt wird dies durch einen demografischen Blickwinkel, der die negativen Aspekte des Prozesses betont. Ökonomische, regionalpolitische, soziale und auch ökologische Aspekte der Entwicklung in den kommenden 15 Jahren bleiben weitgehend außen vor.

Wenn man sich die Zeit bis 2020, also die nächsten 15 Jahre, in Gänze betrachtet, sind das „Abschmelzen“ des Solidarpakts sowie die demografische Entwicklung nur zwei Prozesse von mehreren, die sich für sich genommen, aber auch in ihrer Wechselwirkung die Entwicklung des Landes bestimmen. Welches sind diese Prozesse?

Das 5. „Regionalbarometer Neue Länder“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (Herbst 2004) führt folgende für ostdeutsche Regionen wichtiger Standortfaktoren auf, die das „regionale Entwicklungspotenzial ... maßgeblich mitprägen.“ (S. 70), das sind:

- Bevölkerungspotenzial;

- Situation auf dem Arbeitsmarkt;
- Wirtschaftsstruktur;
- Umfang und Güte der Infrastruktur;
- Verfügbarkeit des Humankapitals;
- Einkommensniveau der öffentlichen und privaten Haushalte sowie
- „weiche“ Standortfaktoren wie landschaftliche Attraktivität.

Die Demografie ist hier in den Faktoren Bevölkerungspotenzial und Humankapital aufgenommen. Schon diese Aufzählung macht klar, wie „eng“ der Betrachtungskorridor der Landesregierung ist. Um deren Ansatz gebührend würdigen und kritisieren zu können, sollen im folgenden einige für Brandenburg wichtige Entwicklungsprozesse auf dem Weh im Jahre 2020 skizziert werden. Es soll gehen um:

- die anhaltende Stagnation des wirtschaftlichen Aufholprozesses;
- den Rückgang der Transferleistungen aus Solidarpakt und anderen Quellen;
- die Region als Standort;
- die demografische Entwicklung;
- einen fortgesetzten wirtschaftlich-sozialen Strukturwandel sowie um
- ökologische Entwicklungen

Anhaltende Stagnation des wirtschaftlichen Aufholprozesses

Allen anderen Behauptungen zum Trotz ist die seit Ende der 90er Jahren anhaltende Stagnation des wirtschaftlichen Aufholprozesses der neuen Länder insgesamt wie auch Brandenburgs die Hauptursache für die hektische Konzeptsuche der Landesregierung. Zudem werden sich die Stagnationsprozesse in den nächsten Jahren zumindest fortsetzen, selbst wenn die Bundesregierung derzeit ein leichtes Umsteuern in Richtung aktiver Konjunkturpolitik zu erkennen gibt. Die vom Bundeskanzler jetzt vorgestellten Maßnahmen bringen allerdings nur kleine Korrekturen, ein grundlegender Kurswechsel ist nicht in Sicht.

Unter den obwaltenden Umständen ist nach wie vor nicht zu erkennen, wie die bundesdeutsche Ökonomie insgesamt spürbar wachsen kann und wie dann – was notwendig wäre – die neuen Länder davon überproportional profitieren könnten. Auch die anderen grundlegenden Merkmale der Ökonomie der neuen Länder – Transferökonomie, unterproportionaler Exportanteil, das Fehlen großer, eigenständiger Unternehmen, unterkapitalisierter Mittelstand, unterdurchschnittliche Einkommen und Tarifbindung – werden auf absehbare Zeit erhalten bleiben.

Dies Lage unterscheidet sich ganz wesentlich von der, von der die Zukunftskommission Brandenburgs Ende der 90er Jahre ausgehen konnte. Damals wurden mit dem New Economy Boom noch ausreichende Zuwachsraten generiert, konnte die Hoffnung auf einen transferfinanzierten Aufholprozess des Ostens genährt werden – davon unterscheidet sich die heutige Lage ganz grundlegend. Ein wesentliches Argument, um eben eine Enquete-Kommission einsetzen zu können.

Dass die Ergebnisse der bisherigen Strukturpolitik zur Grundlage einer Neujustierung der Struktur- und Förderpolitik erklärt werden, hält Ulrich Busch („Utopie kreativ“, Februar 2005) in bestimmten Maße für eine kommenden „konzeptionelle Wende“. Nunmehr orientiere man sich, so Busch, am Erreichten

als dem vermeintlich Erreichbaren und akzeptiere das wirtschaftliche West-Ost-Gefälle als Normalität. Damit drohe in Deutschland ein Prozeß an Dynamik zu gewinnen, der auf europäischer Ebene noch verhindert werden soll: die Auskristallisierung regionaler Unterschiede zu regionalen Ungleichheiten.

Gerade aus diesen Umständen einer konzeptionellen Wende, die sich mit der gegebenen Lage abfindet, speist sich der teilweise fatalistische Ton der „neuen Ehrlichkeit“ der Landesregierung. Das Wort „Wirtschaftspolitik“ kommt als eigenständiges Politikfeld in Platzeck-Papier überhaupt nicht vor. Das neue Förderkonzept soll als Ausfluss der Demografie erscheinen, ist aber tatsächlich nur eine Reaktion auf das Scheitern des bisherigen Aufbau-Ost-Konzeptes, dem auch die Brandenburger Politik folgte.

Dies wird aber nicht explizit thematisiert, spielt aber im Hintergrund eine Rolle. Es stellt sich nämlich das Problem, wer denn in den vergangenen 15 Jahren – in denen nach Lesart der Regierung eine „unehrliche“ Politik betrieben wurde – denn regiert hat. Diese argumentative Schwachstelle wird in den nachgeschobenen Hinweisen, u.a. von Platzeck und Baaske, in der Regel mit dem Hinweis überspielt, man könne nicht wie früher „per Parteitagbeschluss“ Investoren ansiedeln. Der Bezug auf die DDR-Politik macht dabei nicht nur eine Erklärung der Zeit seit 1990 „überflüssig“, er unterstellt den Kritikern des Kurses der Landesregierung zugleich, sie wollten, indem sie das „ehrliche“ Konzept ablehnten, zugleich eine rückwärtsgewandte DDR-Politik betreiben.

Diese Unterstellung ist stets explizit offen zu legen und zurückzuweisen. Es geht tatsächlich auch nicht darum, wie von der Landesregierung in polemischer Absicht unterstellt, „die alten Industriekerne“ wiederherzustellen oder eine zahlenmäßig mit damals vergleichbare adäquate Ausstattung mit Arbeitsplätzen zu erreichen. Das reale Ziel, an dem die PDS festhält und festhalten sollte, ist eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in Brandenburg anzustreben, deren Wertschöpfung, eingebunden in eine europäische Arbeitsteilung, auf qualifizierten Arbeitskräften und modernen, zukunftsfähigen Wirtschaftszweigen beruht. Dieses Ziel klarzustellen und auszuformulieren, wäre eine der Aufgabe der Enquete-Kommission. Denn eins ist wohl klar: Ohne eine entsprechende Wertschöpfung in Brandenburg selbst bleiben gleiche Lebensverhältnisse im Lande, selbst wenn sie verfassungsrechtlich vorgeschrieben sind, auf lange Sicht hin nicht durchsetzbar.

Das faktische „Ausradieren“ der vergangenen 15 Jahre durch das Platzeck-Papier, die Leugnung der Aufbau-Leistung-Ost bietet für die PDS aber auch einen interessanten politischen Ansatzpunkt: Wer wirklich eine ehrliche, wahrhafte Politik betreiben will, muss eben in erster Linie das zur Kenntnis nehmen, was in den letzten 15 Jahren im Lande entstanden ist. Es geht hier auch darum die Aufbauleistung der Brandenburger anzuerkennen, ihr Engagement unter bekanntlich schwierigsten Bedingungen. Es geht nicht um ein schönes, neues funkelndes Konzept von Zentralen Orten, Clustern, Netzwerken etc., um ein Trennen „guter“ und „schlechter“ Standorte, sondern vor allem darum, das was entstanden ist (egal, an welchem Standort und egal welcher Branche) zunächst möglichst zu erhalten (wenn es nicht gerade geldvernichtende Projekte sind) und womöglich im Sinne neuer Arbeitsplätze auszubauen. Die von oben herab vorgenommene Bewertung der Regionen durch die Landesregierung führt jetzt schon zu Gegenreaktionen der Wirtschaft, sie gefährdet Arbeitsplätze. Brandenburg kann es sich aber nicht leisten, noch einen einzigen Arbeitsplatz zu verlieren.

Rückgang der Transferleistungen aus Solidarpakt und anderen Quellen

Das wesentlichste Motiv für das neue Förderkonzept ist zweifellos fiskalischer Natur. Angesichts der absehbaren ökonomischen Stagnation und der steuerpolitischen Schieflage im Bund schlagen die sinkenden Einnahmen aus:

- dem Solidarpakt II ab 2009;
- den EU-Fördergeldern ab 2008
- sowie aus der Rückführung der Nettokreditaufnahme (Ziel der Landesregierung: Null im Jahre 2010)

besonders schwer zu Buche. Die genauen Einbußen lassen sich insbesondere wegen der unklaren Lage bei den EU-Mitteln noch nicht beziffern. Klar scheint nur, dass bis 2019 die bisherige überdurchschnittliche Finanzausstattung des Landes auf das bekannte Durchschnittsniveau westdeutscher Flächenländer zurückgeht. Dieses dient denn auch als allgegenwärtiger Maßstab, obwohl – gerade wegen der Metropolenregion in und um Berlin – sich eigentlich ein platter Vergleich Brandenburgs mit Schleswig-Holstein verbietet.

Die Frage ist hier weiter, ob man die Finanzentwicklung im Wesentlichen so hinnimmt, oder ob sich nicht notwendig ist, auch hier an den politischen Stellschrauben zu drehen.

Beim Solidarpakt geht es beispielsweise nicht nur darum, den sogenannten 2. Korb an Geldern (51 Milliarden Euro) für die neuen Länder zu sichern und diese Mittel nicht zu engen Verwendungskriterien zu unterwerfen.

Zu fragen ist mittelfristig auch, ob die wirtschaftliche Lage der neuen Länder es nicht angeraten erscheinen lässt, den Solidarpakt über 2019 hinaus fortzusetzen. Das lässt sich durchaus begründen, wenn das Ziel des Solidarpakts – die verfassungsrechtlich gebotene Angleichung der Lebensverhältnisse – wird nicht annähernd erreicht. Hier ist es zumindest geboten, in absehbarer Zeit eine substantielle Zwischenbilanz zu ziehen – mittels einer Enquete-Kommission beispielsweise.

Denkbar sind auch Lösungen unterhalb eines neuen Solidarpakts: Der Bevölkerungsrückgang wirkt sich mehrfach bestrafend auf Brandenburg aus. Wegen der Abwanderung und der geringeren Geburtenzahl gehen auch die Gelder aus dem Länderfinanzausgleich längerfristig zurück. Brandenburg muss also die Ausbildung und Qualifizierung der Leute immer stärker selbst bezahlen. Zugleich ist aber mit dem anhaltenden Weggang gerade der jungen und qualifizierten Brandenburger eine neuer indirekter Transfer von Wissen und Arbeitskraft von Ost nach West in Gang gekommen.

Die bisherige Methodik des Länderfinanzausgleichs, den Finanzbedarf des Landes pro Kopf zu bemessen, ist aus dieser Sicht zumindest langfristig überdenkenswert. Vielleicht muss in den LFA ein „demografischer Nachteilsausgleich“ eingebaut werden, der dann nicht nur den strukturschwachen Gebieten Ostdeutschlands, sondern auch denen des Westen zu Gute kommen würde. Der Nachteilsausgleich würde sicherstellen, dass in Gebieten, die wirtschaftlich, demografisch und infrastrukturell weit unter Durchschnitt liegen, die notwendige Daseinsvorsorge bei sozialer Infrastruktur, Mobilität, Bildung und Kultur finanziert werden kann.

Nach Schätzungen des ehemaligen IWH-Chefs Rüdiger Pohl profitiert der Westen am meisten von der Einheit durch den „Zuzug gut ausgebildeter Arbeitskräfte aus dem Osten“. Nach Ansicht von Busch übersteigt der Wert des Humankapitals den Umfang der Transferleistungen bei weitem. Unabhängig davon, ob solche Rechnungen „aufgehen“, ist der – gewesene, anhaltende wie kommende - Transfer von Humankapital ein kommendes Thema in der Ost-West-Debatte. Auch das wäre ein Thema für eine Enquete-Kommission. Die Forderungen bezüglich der EU-Fördergelder sind weitgehend bekannt: Beibehalten des Ziel-1-Gebiets für ganz Brandenburg für eine längere Übergangsfrist, Einstellen nicht abgerufener EU-Fördermittel in einen Regionalfonds, Aufhebung des strikten Ko-Finanzierungsgebots insbesondere für Kommunen, stärkere Orientierung auf Beschäftigungswirksamkeit, keine sinkenden Zahlungen seitens der Bundesrepublik nach Brüssel.

Ein eher problematisches Thema ist die Haushaltskonsolidierung. Klar ist angesichts der gegebenen Umstände, dass das Land das Null-Ziel 2010 auf jeden Fall verfehlen wird. Das hat ursächlich damit zu tun, dass sich die öffentlichen Haushalte einerseits nicht aus der so genannten Schuldenfalle herausparen können, andererseits aber die Möglichkeiten eines einzelnen Bundeslandes, über zusätzliche Schulden wirtschaftliche Aufschwungimpulse zu setzen, begrenzt sind. Hier wäre eine konzertierte Aktion des Bundes wie der Länder (Zukunftsinvestitionsprogramm) nötig. Das setzte aber einen generellen Paradigmenwechsel in der Politik voraus: Dass Schulden nicht per se mehr als schlecht und ablehnungswürdig zu betrachten sind.

Solange hier die Stimmung nicht ein wenig „kippt“, besteht auch in Brandenburg wenig Chancen, sich für ein sinnvolles Schuldenmachen einzusetzen. Das käme derzeit einem politischen Eigentor gleich. Sinnvoll wäre aber das Erschließen neuer Finanzreserven auch über Schulden, wenn diese Gelder so ausgegeben würde, dass sie weitgehend im Lande verblieben und regional als Investitionen und Nachfrage wirksam würden. Dazu zählen nicht nur die Kofinanzierung von Investitionen, sondern auch direkt beschäftigungswirksame Maßnahmen. (Bei einem schuldenfinanzierten Beschäftigungsprojekt in der Brandenburger Peripherie verbleibt der größte Teil des Geldes eben in der Region und wird da als Konjunkturimpuls wirksam.)

Die Region als Standort

Dass auch in strukturschwachen Gebieten wie der Brandenburger Peripherie die entsprechende Daseinsvorsorge auch getragen werden kann, wird schon jetzt gelegentlich in den einschlägigen Veröffentlichungen betont – und zwar mit dem Vergleich, dass dünnbesiedelte skandinavische Länder ja auch in den entlegenen Landesteilen eine entsprechende öffentliche Infrastruktur vorhalten. In Finnland leben im Schnitt 15,3 Menschen pro Quadratkilometer, in Schweden 19,8. In Brandenburg sind es im Schnitt derzeit 86, in der am dünnsten besiedelten Prignitz 43. Auch hier gilt anscheinend wie in der Bildung: Von den Finnen lernen. Auch der Blick über den Tellerrand wäre eine schöne Aufgabe für die Enquete-Kommission – in mehrfacher Hinsicht.

Zunächst müsste gerade für die peripheren Räume definiert werden, wann denn in einem bestimmten Gebiet unter einer ausreichenden öffentlichen Daseinsvorsorge, einer ausreichenden Infrastruktur bei Bildung, Kultur und

Sozialeinrichtungen, einer ausreichenden öffentlichen Mobilität verstanden wird. Angesichts der demographischen Entwicklung und auch der Willkürlichkeit des von der Regierung vorgelegten Systems der Zentralen Orte, muss man offenbar davon wegkommen, ganze Regionen von einem oder wenigen zentralen Orten aus in Gänze „versorgen“ zu wollen.

Der Amtsdirektor von Neustadt (Dosse) schlug beim der operativen Sitzung der Fraktion beispielsweise die Idee vor, statt einem Grundzentrum (entweder Kyritz, Neustadt (Dosse) oder Wusterhausen) doch dieses regionale Dreieck zu einer Art Grundzentrum zu erklären. Damit wäre zu einen viel stabiler und längerfristiger gesichert, dass die für eine Grundzentrum nötige Einwohnerzahl gesichert sind, zum anderen könnte die Region (und nicht das aufgestülpte ZOS-System) selbst entscheiden, welche Funktionen jeder Ort in einem solchen Dreieck übernimmt, wie der öffentliche Verkehr zwischen den Orten organisiert wird – konsequent weiter gedacht bedeutet dies eben, nicht mehr den Ort, die Stadt, die Gemeinde, sondern eine bestimmte Region zu dem Standort zu erklären, der den Rahmen zum Leben, Arbeiten, Wohnen, Bilden, Erholen, für ÖPNV und Wirtschaftsentwicklung usw. setzt.

Es ist klar, dass eine solche Definition einer Region einiges voraussetzt: Zu klären wäre beispielsweise, was eine ausreichende soziale Grundversorgung in einem bestimmten Gebiet darstellt, also mit welchem Aufwand Ämter, Schulen, Bildungseinrichtungen etc. zu erreichen sind, welche Einrichtungs“dichte“ vorhanden sein muss, damit noch von gleichwertigen Lebensverhältnissen im Lande gesprochen werden kann. Ist eine Schule, in der vielleicht wegen Schülermangels mehrere Klassenstufen zusammen unterrichtet werden, gleichwertig einer normalen, zweizügigen Schule?

Überhaupt ergibt sich – auch für die Arbeit einer Enquete-Kommission – ein spannendes Betrachtungsfeld über die Frage, wie groß die regionalen Unterschiede in der Lebensqualität im Lande sein dürfen, damit der gegebene Verfassungsauftrag gleichwertiger Lebensverhältnisse noch erfüllt ist? Wann schlagen regionale Unterschiede in regionale Ungleichheiten, Benachteiligungen oder gar in einen grünen Armuts Gürtel um.

Es versteht sich, dass eine so verstandene Region natürlich nicht von oben oktroyiert werden kann. Sie kann nur entstehen, wenn die realen wirtschaftlichen, sozialen, verkehrlichen und kulturellen Verflechtungsbeziehungen im Lande analysiert werden, samt kultureller Identitäten und den Beziehungen zu anderen Bundesländern. Nur davon ausgehend lassen sich letztlich die „wirklichen“ Regionen des Landes bestimmen. Diese brauchen dann natürlich auch mehr Rechte, über ihre Angelegenheiten zu entscheiden, mehr „Autonomie“. Die PDS hat hier mit dem Vorschlag zu Regionalfonds schon ein entsprechendes Angebot im Köcher.

Die Förderung derart verstandener Regionen darf sich dabei nicht allein an der Bevölkerungszahl orientieren. In Neustadt (Dosse) wurde beispielsweise vorgeschlagen, die Kriterien „Fläche“ und „Arbeitslosigkeit“ aufzunehmen, weitere (Einkommenslage, Schuldenstand) sind denkbar. Es ist sicher eine spannende Frage, nach welchen Kriterien die Landesförderung auszurichten ist, um eine Entwicklung der Regionen im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse zu gewährleisten.

Die „wirklichen“ Regionen des Landes können, müssen aber nicht mit den

derzeit bestehenden fünf Regionalen Planungsgemeinschaften übereinstimmen. Diese zu stärken, wie dies die Fraktion jetzt gefordert hat, ist aber ein erster Schritt zur nötigen Regionalisierung der Politik.

Die konsequent regionale Ansatz unterscheidet sich grundlegend vom Herangehen der Landesregierung. Einer der größten Schwachpunkte ihrer neuen Förderpolitik scheint das völlige Außer-Acht-Lassen regionaler Entwicklungen zu sein, insbesondere im europäischen Sinne. Mit der EU-Ost-Erweiterung hat sich die Lage Brandenburgs grundlegend geändert. Von einer Randregion rückte das Land in die „Mitte“ des Kontinents. Dieser Prozess steht erst am Anfang, denkt mal nur an die Beitrittsabsichten der Ukraine oder gar Georgiens. Im aktuellen Leitbild der Landesregierung bleibt von dieser Umwälzung gerade einmal der Förderschwerpunkt Logistik übrig. Brandenburg behält also nach den Vorstellungen der Landesregierung auch künftig vor allem den Status eines Transitlandes – eingeklemmt zwischen den wirtschaftlich aufstrebenden EU-Beitrittsländern in Osteuropa und den „alten“ Wirtschaftszentren insbesondere in Westdeutschland.

Die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg kann dabei offenbar nur funktionieren, wenn der Metropole ein selbstbewusstes Bundesland gegenübersteht. Aus europäischer Perspektive, schrieb Klaus R. Kunzmann („Brandenburg 2025“, Band 1, 2002) könne Brandenburg „kein von Berlin unabhängiges Profil entwickeln. Es kann nur mit Berlin kooperieren ... Davon kann es aber nur dann Nutzen ziehen und nicht Schaden nehmen, wenn es ein eigenes Leitbild für seine Beziehungen mit Berlin hat, also wenn es weiß, wie es seinen Raum im engeren und weiteren Hinterland von Berlin ordnen und entwickeln will.“ Nur dann könne Brandenburg, so Kunzmann weiter, dem „Druck standhalten, der von Berlin aus auf die Städte und Kreise im Umfeld der Metropole ausgeht. Brandenburg könne aus den Potenzialen der gemeinsamen Region Nutzen ziehen – aus den Dezentralisierungspotentialen neuer Technologien, aus den Zweitwohnungswünschen gestreßter Städter, aus den Freizeit- und Erholungsbedürfnissen der Berliner. Für Kunzmann ist das Konzept der dezentralen Konzentration ein „glaubhafter Ansatz zum Schutz des Raumes im Vorfeld der Metropole.“ Was im Umkehrschluss wohl auch bedeutet: Die Förderung auf den Speckgürtel zu konzentrieren heisst, das Berliner Umland zum Beton- und die peripheren Räume zum grünen Armutsgürtel zu entwickeln.

Wer griffige Bilder mag, der kann sich die Unterschiede zwischen dem Herangehen der PDS und der Landesregierung an die Landesentwicklung vielleicht so gewärtigen: Während Platzeck und Co eine Potsdamer Zentralregierung mit abhängigen und abgehängten Orten anstrebt, will die PDS ein Art Potsdamer Holding mit autonomen regionalen Einheiten.

Demografische Entwicklungen

Vordergründig betrachtet ist es zunächst nicht einsehbar, warum die Landesregierung ein demografisches Katastrophenszenario an die Wand malt. Ein prognostizierter Bevölkerungsverlust von insgesamt 7 Prozent bis 2020 bedeutet pro Jahr einen Rückgang von etwa weniger als einem halben Prozent (im Schnitt etwa 11 000 Menschen). Schwerwiegender als dieser Gesamtrückgang erscheinen die regionalen und alterstrukturellen Disparitäten, also der viel stärkere Rückgang in den peripheren Räumen sowie die steigende Anteile Älterer – und zwar nicht nur von Rentnern, sondern arbeitswollender

Älterer.

Abgesehen davon, dass die Bevölkerungsangaben eine wissenschaftliche Langfrist-Prognose mit dementsprechenden Unsicherheit darstellen, ist zu fragen, ob das „halbe“ Prozent einer politischen Gegensteuerung völlig unzugänglich ist. Auch wenn, worauf die Wissenschaftler hinweisen, schon jetzt die Mütter (nicht) geboren sind, die später eigentlich die (dann fehlenden) Kinder bekommen sollten. Andererseits gilt eben auch, wie im erwähnten Raumordnungsbericht an anderer Stelle ausgeführt wird, dass die Abwanderung sich schon deswegen abschwächt, weil immer weniger Junge und Qualifizierte übrigbleiben, die abwandern können und anderswo auch „nachgefragt“ werden.

Unter günstigen Entwicklungsbedingungen kamen Gornig/Schulz 1997 zu dem Schluss („Brandenburg 2025“, Band 1, 2002), dass die Einwohnerzahl in der Region Berlin-Brandenburg bis 2015 durchaus auf 6,4 Millionen steigen könnte. (Berlin 3,6 Millionen, Brandenburg: 2,8 Millionen). Dass die Prognose sich nicht bewahrheitete, zeigt eben, dass derartige Aussagen mit Unsicherheiten behaftet sind. Kommen Bundesregierung und konservative Opposition beispielsweise überein, die Eigenheimzulage zu Gunsten gesenkter Unternehmenssteuern abzuschaffen, würde das jede Menge so genannter Schwellenhaushalte davon abhalten, aus Berlin ins Brandenburger Umland zu ziehen. Aus steuerlich-demografischen Gründen dürfte Brandenburg deswegen eigentlich der Abschaffung der Eigenheimzulage nicht zustimmen.

Die Bevölkerungsentwicklung zeigt sich, vor allem was die Wanderungsbewegungen betrifft, einer politischen Steuerung durchaus zugänglich. Etwas anders sieht es natürlich bei der Geburtenzahl und der Alterung aus. Wobei die dramatische Alterung – das eigentliche demografische Problem Brandenburgs – auch positive Seiten hat. So verfügen Rentnerhaushalte, zumal wenn beide Renten beziehen, über die stabilsten Einkommen und damit über eine entsprechende Kaufkraft. Diese Verhältnisse aufzuklären, wäre eine weitere Aufgabe für eine Enquete-Kommission.

Die einfachste und politische zugleich umstrittenste Lösung wäre, einfach eine stärkere Migration in die bevölkerungsschwachen Räume zuzulassen. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass sich junge, qualifizierte Migranten in Gegenden ohne große wirtschaftliche Zukunft niederlassen, hier bräuchte also auch die Migration eine wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Begleitung. Daraus könnte man sogar den Schluss ziehen: Die Abkehr von einer zumindest gleichberechtigten Förderung strukturschwacher Räume verstärkt die Abwanderungs-Tendenzen, mit denen eben die Kappung der Förderung begründet wird – Demografie als sich selbst erfüllende Prophezeiung.

Fortgesetzter wirtschaftlich-sozialer Strukturwandel

Wer den Zeitraum bis 2020 überblicken will, muss noch mehr überblicken als Geld und Demografie. In einer Zeit, in der sich das, was gestern noch neu und innovativ war, morgen schon überlebt hat, muss man den jetzigen Zustand Brandenburgs einmal aus dem Blickwinkel „15 Jahre später“ betrachten. Dabei geht es um Entwicklungen, die ziemlich unabhängig von dem ablaufen werden, was die Landespolitik will oder nicht will, die aber erhebliche Rückwirkungen auf die Situation des Landes haben. Diese Prozesse werden aber in den bisher vorgelegten Papieren der Landesregierung zum Jahr 2020 ziemlich konsequent

ausgeblendet.

2020 sind, um den Gedanken zu konkretisieren, die Anfang der 90er Jahre gebauten Großkraftwerke von Vattenfall fast 30 Jahre alt. Allein schon, weil die entsprechend den Kraftwerke zugeordneten Kohletagebaue langsam ausgekohlt sind, stellt sich nach 2010 die Frage, welche Anlagen den anstelle der Großkraftwerke gebaut werden sollen, ob überhaupt neue fossile Anlagen auf Braunkohlebasis denkbar sind oder ob die existierenden Kraftwerke länger laufen sollen (was so oder so neue Tagebaue) erforderte. Die Frage steht also: Welche Energiebasis soll das künftige Brandenburg haben? Die derzeitige Energiestrategie reicht nur bis 2010 – hier klafft mindestens eine Lücke von einem Jahrzehnt zu 2020.

Die Brandenburger Agrarwirtschaft wird sich 2020 von der heutigen grundlegend unterscheiden: Möglich ist, um die Extreme zu benennen, einen nahezu flächendeckenden gentechfreier Ökoanbau, der die Metropole mit gesunden Lebensmitteln versorgt, oder ein flächendeckender Anbau von Gentech-Pflanzen – zwecks Erzeugung von Biomasse zur Energiegewinnung, die dann, zumindest was den Strom angeht, überregional abgesetzt wird.

Fortsetzen wird sich auch der Lebensweise-Trend, dass die Zahl von Single-Haushalten zunimmt, die Familien kleiner werden, dass alternative und Patchwork-Lebensformen sich ausweiten, genossenschaftlich organisierte Selbstversorger-Gruppen oder sogar – angesichts der realen Arbeitsmarkt-Lage – eine florierende Subsistenz-Wirtschaft entsteht. Brandenburger Landschaften mit geringer Bevölkerungsdichte böten solchen Lebensweisen durchaus Raum – Brandenburg könnte zum innovativen Land experimenteller Lebensweisen avancieren.

Chancen für ein Flächenland bietet auch das sich abzeichnende Zusammenwachsen von Mobilfunk, Internet und Multimedia-Angeboten. E-Teaching, E-Government und E-Business bieten sich logischerweise zum effizienten, kostensparenden Organisieren des Lebens in den peripheren Regionen bestens an – nur steht dem natürlich das reale Investitionsverhalten der Unternehmen an, die nur in nutzungsstarke, refinanzierungssichere Regionen Geld stecken und das weite Land den Funklöchern überlassen.

Ohne öffentliche Investitionen wird es „auf dem Lande“ kein modernes Leben geben können. Der neue Slogan der Landesregierung, man baue Strassen nur noch dort, wo es schon Wirtschaft gibt, übersieht natürlich völlig, dass ohne bestimmte und notwendige Infrastrukturinvestitionen niemals etwas im Sinne der Daseinsvorsorge entsteht, was für alle zugänglich ist. Wenn Private hier die Rolle der öffentlichen Hand übernehmen, würde dies in erster Linie nur von Einkommensstarken nutzbar sein.

Nicht zufällig weiß die Landesregierung bislang drei Branchen noch nicht so recht in ihr Leitbild einzuordnen: Ernährungswirtschaft, Tourismus und Umweltwirtschaft. Das liegt nicht nur daran, dass diese flächenorientierten Zweige schlecht in vorgegebene Förderzentren einpassen lassen. Besonders kritikwürdig daran ist, dass diese drei Branchen in ihrem Zusammenwirken eigentlich gerade ein ökonomisches „Alleinstellungsmerkmal“ Brandenburgs ausmachen. Dass sich gesunde Ernährung (Ökolandbau), sanfter Tourismus und eine entsprechende ergänzende Umweltwirtschaft (Waldumbau, Landschaftsgestaltung, Sanierung, Renaturierung usw.) gegenseitig befruchten,

ist wohl eine Allgemeinplatz. Kein Wunder, dass sich der Wirtschaftsminister jetzt dafür einsetzt, wachstumsstarke Branchen zu fördern – egal, wo sie sich ansiedeln.

Branchenpolitisch könnte man deswegen formulieren, dass das neue Förderkonzept gerade die spezifischen Stärken des Landes vernachlässigt und sich dafür in anderen Zweigen in eine aussichtslose Konkurrenzsituation zu anderen Bundesländern begibt. Dies betrifft insbesondere die Kompetenzfelder Luft- und Raumfahrt (offensichtliches Vorbild: Hamburg und der Riesen-Airbus) und Automotive (Kernindustrie in Sachsen und Thüringen). Brandenburgspezifische Branchen sind außer den drei genannten noch Energiewirtschaft, Holzwirtschaft, Geowissenschaften (Geothermie), Logistik (Transitlage) und abgeschwächt Bioenergie und Schienenverkehr.

6. Ökologischer Wandel

Wenn man sich schon den Zeitraum bis 2020 vornimmt, muss man auch die absehbaren Umwelt-Veränderungen mit ins Kalkül ziehen. Dazu gehören beispielsweise die sich verstärkenden Folgen des Klimawandels. Brandenburg wird wärmer, trockener und zugleich hochwassergefährdeter. Die Erwärmung – dazu gibt es schon Studien – könnte beispielsweise im positiven Sinne genutzt werden, um den Weinanbau (hochwertige Dienstleistung) auszuweiten. Die zunehmende Trockenheit erfordert einen innovativen Wassereinsatz in Industrie, Landwirtschaft und Haushalten – hier könnte sich in Analogie zu Wind und Solar – eine neue Branche entwickeln, die sogar Exportchancen hätte. Aus dem Klimawandel ergeben sich auch Erfordernisse bezüglich des Waldumbaus und der Renaturierung von Feuchtgebieten. Das heisst, selbst wenn es bevölkerungsschwache periphere Räume geben würde, in den die „Wildnis“ zurückkehrt, kann man diese Gebiete nicht sich selbst überlassen, sondern selbst die Natur benötigt gezielte Unterstützung, um sich den rasch wandelnden Bedingungen anzupassen.

Zusammenfassung

Bei der Wertung der Faktoren, die die Entwicklung Brandenburgs bis 2020 bestimmen, kommt es nicht allein auf deren Vollständigkeit und richtige Gewichtung an – wichtig ist auch deren gegenseitige Beeinflussung. Dabei gibt es Faktoren mit starker Rückkopplung (richtige Wirtschaftspolitik – Wachstum der Wertschöpfung – Anstieg der Steuereinnahmen) sowie solche mit schwächerer Rückkopplung (richtige Wirtschaftspolitik – mehr Arbeitsplätze – Stopp der Alterung der Gesellschaft). Diese Arbeit leisten die vorliegenden Konzepte der Landesregierung keineswegs – im Gegenteil: sie vereinfachen und simplifizieren.

Eingedenk der Vielzahl der Faktoren und Einflüsse, die die Entwicklung Brandenburgs beeinflussen, kann man das vorgelegte Konzept der Landesregierung ruhigen Gewissens als ein fiskalisch motiviertes und bestenfalls einseitig auf demografische Prozesse zentriertes Konzept bezeichnen. Es ist aufgrund der gewählten Methode, aus fiskalischen und demografischen Zwängen heraus ökonomische Grundsatzentscheidungen zu fällen, auch kurzsichtig. Denn zu einem werden die Vielfalt sowie die

Wechselwirkung der Standortfaktoren ausgeblendet, zum anderen geht das Konzept von einem Status Quo aus, der nicht unbedingt die Zukunftsfähigkeit des Landes widerspiegelt.

Die Folge dessen wird sein: Nach einiger Zeit wird man feststellen, dass die Konzentration auf die 63 Förderzentren wieder nicht von ökonomischen Erfolg gekrönt war, demzufolge müssen diese Zentren dann, weil ja auch weiter gespart werden muss, weiter reduziert werden. Das ist genau die „Weiter-So“-Politik, die die Landesregierung eigentlich ablehnt. Es reicht auch nicht, wie Stolpe es tut, den Osten nunmehr zum demografischen Versuchslabor für Deutschland zu erklären. Die Leute wollen keine „Versuchskaninchen“ sein, an denen Platzeck, Stolpe und Co neue (Förder)Experimente anstellen, sondern das Land braucht endlich einmal ein substantielles Entwicklungskonzept.

Wer etwas Substantielles, Verwertbares über Brandenburg 2020 erfahren will, braucht eine interdisziplinäre, vielseitige und die mannigfachen Verflechtungen beachtende Analyse vor allem der Regionen dieses Landes. Eine solche gibt es bislang nicht. Verglichen mit dem Zeithorizont 1990 bis 2005 bringen die Jahre bis 2020 bisher nicht erwartete Erschwernisse – ökonomische Stagnation, Alterung und finanzschwache öffentliche Haushalte -, aber auch neue Chancen – wirtschaftlicher/sozialer Strukturwandel, EU-Erweiterung und Anbindung an eine dynamische Metropolenregion – mit sich. Das Verhältnis von Risiken und Chancen abzuwägen, eine Politik auszuarbeiten, die die Chancen verstärkt und die Risiken minimiert – das könnte Arbeit genug für eine Enquete-Kommission sein.

Jörg Staude, Referent des Fraktionsvorstandes,
17.03. 2005

Diskussionsangebot

Neue Herausforderungen an die Regionalplanung und die kommunale Daseinsvorsorge unter Berücksichtigung der europäischen, sozialen, regionalen, wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung für die Region und den Landkreis Barnim

I. Verfassung und Verfassungsrealität gilt es wieder in Übereinstimmung zu bringen

Spätestens seit Ende der neunziger Jahre zeigt sich die Notwendigkeit, den Anspruch gleichwertiger nicht mit gleichartigen Entwicklungsbedingungen in allen Teilräumen des Landes zu verwechseln.

Stattdessen gilt:

1. Gleichwertig heißt nicht gleichartig
2. Gleichwertigkeit heißt Berücksichtigung der unterschiedlichen Potenziale der einzelnen Regionen für eine eigenständige Entwicklung
3. Eigenständige Entwicklung erfordert Berücksichtigung von sozialen, Verkehrsstrukturen, Infrastrukturen, Verwaltungsstrukturen, weichen Standortfaktoren (Gesundheit, Bildung, Betreuung) sowie der demographischen Strukturen
4. Die Erfordernisse regionaler Entwicklung müssen sich entsprechend der tatsächlichen Lebensumstände definieren
5. Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zeigen sich regional unterschiedlich.

Bei der Neudefinition regionaler Räume ist es erforderlich, Differenzierungen zwischen Kommunen und Regionen vorzunehmen. Dabei kommt dem Wettbewerb zwischen den Kommunen eine neue Bedeutung zu. So ist zu beachten, dass dies einen kooperativen Regionalansatz nicht kontaktiert. Eher muss prinzipiell gelten, die Stärken von Regionen regional, national und international besser darzustellen. An diesem Prozess der Neuorientierung müssen möglichst viele Akteure der unterschiedlichen Bereiche mitarbeiten und das kurzfristige Denken in Wahlperioden überwunden werden.

Diesen Ansatz verfolgt die PDS, indem sie die notwendige Konsolidierungsphase für das Land Brandenburg mit mindestens 15 Jahren definiert.

Das Setzen von kooperativ erarbeiteten Prioritäten innerhalb einer Region wird Voraussetzung eines positiven Leitbildes der jeweiligen Regionen sein.

In den vergangenen 15 Jahren konzentrierte sich die Landesregierung Brandenburg auf das Leitbild der dezentralen Konzentration mit dem Ziel relativ gleichartige Lebensverhältnisse in den Teilräumen des Landes zu schaffen.

Bei der Bewältigung der Herausforderungen bedarf es zwingend der Entwicklung neuer finanzieller Handlungsstrategien. So muss in schrumpfungsbetroffenen Planungsgebieten eine kosteneffiziente Bestandssicherung, Stabilisierung und Revitalisierung sowie ein differenzierter Rückbau im Mittelpunkt stehen. Im wachstumsorientierten Metropolenraum hingegen ist es erforderlich, quantitative Zuwächse für Siedlungs-, Verkehrs-, und Industrieansiedlungen zu ermöglichen.

Diese gegensätzlichen Tendenzen im Land Brandenburg machen es erforderlich, den Landeshaushalt differenzierter als bisher insbesondere hinsichtlich seiner Wirkungen in den Kommunen zu strukturieren sowie quantitativ und qualitativ zu untersetzen.

Erste Überlegungen und Schlussfolgerungen für den Landkreis Barnim und die Planungsregion Barnim-Uckermark

1. Die regionale Planungsgemeinschaft muss einen wachsenden Stellenwert bei der Konzipierung von Entwicklungskonzepten der einzelnen Teilräume der Region auch gegenüber der gemeinsamen Landesplanung Berlin/Brandenburg erhalten.
2. Die Region Barnim-Uckermark verfügt über industrielle, naturräumliche und kulturhistorische Potenziale, die es für eine eigenständige Regionalentwicklung zu nutzen gilt. Eine solche Nutzung ist nur dann möglich, wenn die regionale Planungsgemeinschaft Barnim-Uckermark in die Lage versetzt wird, diese auch miteinander zu vernetzen.
3. Die Industriestruktur der Planungsregion wird wesentlich vom Standort Schwedt bestimmt werden. Das schließt ein, dass es eine gemeinsame Aufgabe der Planungsregion ist, dies im Gesamtkonzept der Regionalentwicklung zu berücksichtigen und Synergieeffekte dieses Wirtschaftsstandortes für die Gesamtregion zu entwickeln bzw. zu nutzen.
4. Die naturräumlichen Gegebenheiten der Region und deren weitere wirtschaftliche, landwirtschaftliche und touristische Erschließung von Nationalpark über Biosphärenreservat bis hin zu den Natur- und Regionalparks gilt es in das Gesamtkonzept der Regionalplanung stärker einzubeziehen.
5. Die kulturhistorischen Denkmale haben als Alleinstellungsmerkmale der Region eine herausgehobene Bedeutung, die es insbesondere bei der Weiterentwicklung der Marketingstrategie stärker zu nutzen gilt.

Zu den einzelnen Teilräumen des Landkreises

1. Berliner Umlandregion

Die Gemeinden Ahrensfelde, Bernau, Panketal, Teile der Gemeinde Wandlitz und Werneuchen gehören zum Berliner Umland.

Daher ist die gegenwärtige Diskussion um die Hauptstadtregion in den Gemeinden, Bernau und Panketal als regionaler Ansatz zu begrüßen. Allerdings ist er zu kurz gegriffen. Werneuchen und Ahrensfelde müssen in dieses Konzept einbezogen werden, um die Entwicklung des südöstlichen Teils des Landkreises nicht zu vernachlässigen. Zumal diese Region infrastrukturell, arbeitsmarktpolitisch und auch naturräumlich einen Entwicklungsraum darstellt. Bernau muss in der Gesamtkonzeption als Siedlungs- Verwaltungs- Kultur- und bildungspolitisches Zentrum eine stabilisierende und ausstrahlende Rolle zugleich einnehmen.

2. Eberswalde

Eberswalde ist ein infrastrukturelles Zentrum der Region, welches stärker als bisher in die Gesamtentwicklung der Region ausstrahlen muss. Als Verwaltungs- und Bildungs- und regionales Wissenschaftszentrum gilt es die Potenziale dieser

Stadt stärker für die eigene Entwicklung und insbesondere auch in die Entwicklung der Umlandgemeinden zunutzen.

Eberswalde wird ähnlich wie Bernau über ein eigenständiges mittelständiges Potenzial verfügen, ohne dass eine Entwicklung zu herausgehobenen Industriestandorten möglich sein wird. Darüber hinaus haben beide Städte die Chance den Dienstleistungssektor zu erweitern, wenngleich verschiedene Ausrichtungen entsprechend ihrer geografischen Lage dafür erforderlich sind.

Voraussetzung für die Nutzung von Synergieeffekten der Stadt Eberswalde für das Umland, insbesondere Teile der Gemeinde Schorfheide ist es noch vorhandene kommunale Egoismen zu überwinden und kooperative Beziehungen zu entwickeln.

3. Biesenthal

Im Biesenthaler Becken liegend hat diese Stadt eine ungünstige strategische Lage und kann dennoch Standortvorteile für sich entwickeln. Dazu gehören die Möbelfolie Biesenthal und das Logistikzentrum TZMO 2. Eine Scharnierfunktion könnte die Stadt durch die Erschließung der Telekomstraße und engere Verbindungen zum Raum Wandlitz einnehmen. Die weitere Ausprägung der innerstädtischen Siedlungsgebiete eröffnet Entwicklungs- u.a. Zuzugspotenziale für den gesamten Raum. Die Stadt kann ihre Dienstleistungsfunktion gegenüber ihren Umlandgemeinden stärker ausbauen.

4. Werbelinseegemeinden (Gemeinde Schorfheide/Amt Joachimsthal/Amt Britz/Chorin)

Die Region ist eine Zentrum für Naherholung, Tourismus sowie der Landwirtschaft. Der Ortsteil Finowfurt der Gemeinde Schorfheide ist ein logistischer Knotenpunkt der infrastrukturellen Anbindungen (Straße/Luft/Wasser) an die Kreisstadt Eberswalde. Ein Schwerpunkt ist der Abbau von Disparitäten. Dazu sind auch nachhaltige gemeinde- und amtsübergreifende Kooperationen erforderlich.

Gleichzeitig muss diese Region stärker als bisher neben Kloster Chorin als Markenzeichen der Region genutzt werden.

Als eigenständiges Potenzial für einen regionalen Wirtschaftskreislauf bieten sich hier die landwirtschaftlichen und verarbeitenden Unternehmen an.

Die Entwicklung der Region und in sie eingebunden des Landkreises Barnim erfordert angesichts der aktuellen Diskussionen zur Neugestaltung der Struktur- und Förderpolitik der Landesregierung eigenständige Zielvorstellungen, wie sich der Landkreis Barnim entwickeln soll. Davon ausgehend ist die weitere Qualifizierung des IWEK zwingend erforderlich und die Wirtschaftsförderung des Landkreises mit all ihren Bestandteilen zu hinterfragen. Eine solche Herangehensweise wird auch dazu führen, dass in das zu erarbeitende ILEK (Integrierte Landwirtschaftsentwicklungskonzept) den neuen Bedingungen Rechnung tragen kann.

Gegenwärtig zeichnet sich ab, dass diese Diskussion sich vor allem auf die Konkurrenz einzelner Standorte des Landkreises und nicht auf seine Gesamtfunktionalität als eigenständiger Sozial- und Wirtschaftsraum nördlich von Berlin konzentriert.

Deshalb fordern wir den Landrat auf, die bereits vor Jahren ins Leben gerufene aber seit längerem nicht mehr aktiven „Perspektive Barnim“ als Arbeitsforum wieder zu beleben. Ziel muss es sein, für die Region Schwerpunkte der Entwicklung zu definieren und zugleich gegenüber der Landesregierung mit einem eigenständigen Forderungs- und Vorschlagskatalog für die Neugestaltung der Landespolitik in die Diskussion einzugreifen.

Dr. Dagmar Enkelmann
Margitta Mächtig
Ralf Christoffers
Lutz Kupitz
Ralf Hoppe

2005-03-04